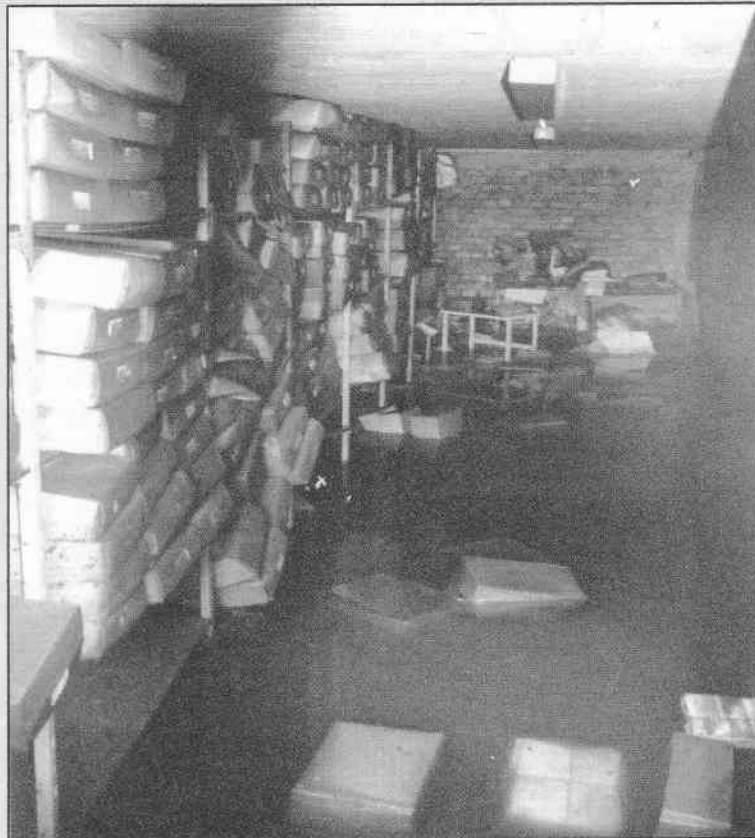


h
2002

Sächsisches Archivblatt

Heft 2/2002



Freistaat  Sachsen

Staatsministerium des Innern

Sächsisches Archivblatt 2/2002

Mitteilungen der Sächsischen Archivverwaltung

- Herausgeber:** Sächsisches Staatsministerium des Innern, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden, Tel.: (0351) 564-3442, Fax: (0351) 564-3409
- Schriftleitung und Redaktion:** Dr. Jörg Ludwig (Sächsisches Staatsministerium des Innern), E-Mail: joerg.ludwig@smi.sachsen.de
- Redaktionsbeirat:** Dr. Jörg Ludwig (Sächsisches Staatsministerium des Innern),
Dr. Peter Wiegend (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden),
Birgit Richter (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig),
Dr. Nicolas Rügge (Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz),
Raymond Plache (Sächsisches Bergarchiv Freiberg)
- Redaktionsschluss:** 23. Oktober 2002
- Erstellung der Druckvorlage:** Yvonne Gerlach (Sächsisches Staatsministerium des Innern)
- Umschlaggestaltung:** Druckerei JVA Waldheim
- Titelfoto:** Schwimmende Akten im Kreisarchiv Delitzsch (Dienststelle Eilenburg),
Verwaltungsarchiv, nach der Flutkatastrophe im August 2002
Foto: Hans-Jürgen Voigt (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig)
- Druck:** Druckerei JVA Waldheim, Dresdener Straße 1 a, 04736 Waldheim
- Bezug:** Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Archivstraße 14, 01097 Dresden;
Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Schulstraße 38, 09125 Chemnitz;
Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Schongauerstraße 1, 04329 Leipzig;
Sächsisches Bergarchiv Freiberg, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg

Das Sächsische Archivblatt erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben.

Vervielfältigung mit Quellenangabe gestattet.

Verteilerhinweis:

Das Sächsische Archivblatt wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Das Archivblatt darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor der Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wählerversammlungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung der Mitglieder zu verwenden.

Der Freistaat Sachsen ist im Internet vertreten: <http://www.sachsen.de>

INHALTSVERZEICHNIS

Tiefgefroren, verschimmelt, entsorgt – Archiv- und Registraturgut in der sächsischen Flutkatastrophe (<i>Dr. Jürgen Rainer Wolf</i>)	2
Kolloquium, Ausstellung und Publikation zur Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen während des Zweiten Weltkrieges (<i>Dr. Gerald Kolditz, Dr. Jörg Ludwig</i>)	5
Erschließung von Zwangsarbeiterunterlagen in Chemnitzer Archiven gefördert (<i>Dr. Jörg Ludwig</i>)	6
Digitalisierung der „Bergmann’schen Exulantensammlung“. Eine Kooperation zwischen der Ludwig-Maximilians-Universität München und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden (<i>Alexander Schunka</i>)	7
Zu Bestandsbildung und Erschließung von Katasterunterlagen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden am Beispiel des Bestandes 10803 „Katasteramt Dippoldiswalde“ (<i>Frank Lehmann, Dr. Peter Wiegand</i>)	9
Neue Bestände im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz erschlossen (<i>Dr. Nicolas Rügge</i>)	11
Der Bestand „Schocken-Konzern & Nachfolger“ im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz (<i>Carola Scherf</i>)	12
Spiegelbilder von Vergessenem und Vergangem – Die Fotosammlung des VEB Bergbau- und Hüttenkombinats „Albert Funk“ Freiberg – (<i>Claudia Thiel</i>)	13
Glasplatten als Zeugnisse deutsch-afrikanischer Kolonialgeschichte im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden (<i>Steffen Lehmann, Dr. Jörg Ludwig</i>)	14
Starthilfe für einen Reichsgrafen. Aus dem Archiv der Familie von Lehndorff aus Steinort (<i>Dietlind Gentsch</i>)	16
Akten unterwegs in Sachsen: Archivalien vom Hauptstaatsarchiv Dresden ins Staatsarchiv Chemnitz verlagert (<i>Dr. Annegret Wenz-Haubfleisch</i>)	17
11. Sächsischer Archivtag/7. Sächsisch-Bayerisches Archivarstreffen, 14. – 16. Juni 2002 in Bautzen (<i>Grit Richter-Laugwitz, Raymond Plache, Yvonne Gerlach</i>)	18
„Archive als Lern- und Erlebniswelt“. Archivpädagogische Arbeit im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig (<i>Dr. Hans-Christian Herrmann</i>)	20
Wertvolle Dokumente für Sachsen gesichert (<i>Dr. Jörg Ludwig</i>)	21
Das Brockhaus-Lexikon. Würdigung des Firmengründers F. A. Brockhaus im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig (<i>Marion Bähr</i>)	22
Wissenschaftliches Kolloquium „Das Gedächtnis der Region: Museen, Bibliotheken und Archive in Leipzig“ am 1. Juni 2002 (<i>Ingrid Grohmann</i>)	22
Comma-Redakteure tagten in Dresden (<i>Dr. Jörg Ludwig</i>)	24
Rezensionen/Annotationen	24

Tiefgefroren, verschimmelt, entsorgt – Archiv- und Registraturgut in der sächsischen Flutkatastrophe

In der Nacht vom 11. auf den 12. August 2002 setzten in Sachsen, von den Meteorologen angekündigt, starke Regenfälle ein. Ein Genua-Tief zog über Norditalien, Bayern, Österreich, die Slowakei und Tschechien heran. Fernab waren Hochwasser der Salzach und der Donau erste Folgen. In Tschechien begann bald darauf die Moldau¹ über die Ufer zu treten und die Elbe auf Rekordstände zu treiben. Im Bereich des Erzgebirges fiel ergiebiger Starkregen und erbrachte innerhalb von drei Tagen bis zu 40 % der gesamten Jahresniederschlagsmenge, 250 bis 400 Millimeter pro Quadratmeter. Die Talsperren, von einem regenreichen Sommer noch gut gefüllt, wären selbst in geleertem Zustand nicht zur Aufnahme dieser Wassermassen fähig gewesen. Im Weißeritztal schoss das Wasser aus dem Überlauf der Klingenbergertalsperre – schätzungsweise 130.000 Liter pro Sekunde – als Flutwelle bis nach Tharandt und vereinigte sich in Hainsberg mit dem Hochwasser der Roten Weißeritz. Aber auch andere Flüsse und Bäche, die keiner recht ernstgenommen hatte, zeigten eine erschreckende Seite: Müglitz, Prießnitz, Gottleuba, Zschopau,² schließlich die Mulde (8,68 m !) schwellen an und traten innerhalb kürzester Zeit über die Ufer.

Am Nachmittag des 12. August hatten die linkselbischen Hochwasserschäden bereits dramatische Ausmaße erreicht. Kaum jemand konnte sich bis dahin vorstellen, mit welcher Gewalt das Wasser selbst Fahrgalanlagen zu Schrott werden ließ. Betroffen waren zu diesem Zeitpunkt das Archiv des Weißeritzkreises, das Stadtarchiv Olbernhau, das Archiv von Sächsischer Zeitung und Morgenpost mit seiner wertvollen Fotosammlung (u.a. Dokumentation des Wiederaufbaus von Dresden seit

1945³), aber auch Registraturen der Justiz in Dippoldiswalde und Chemnitz. Am Morgen des 13. August hatte die Weißeritz den Dresdner Hauptbahnhof durchquert und sich über den Post- und Theaterplatz sowie den Zwingerteich den Weg bis zur Semperoper, zurück in die Elbe, gebahnt. Auf der Strecke blieben Depots des Stadtarchivs⁴ sowie Registraturen der Stadtverwaltung Dresden und zentrale Registraturen der Justizverwaltung. Manches, was in den Meldungen zunächst als Archiv bezeichnet wurde, enthielt zwar Kulturgut, aber keine Archivalien: das Notenarchiv der Semperoper,⁵ das Archiv historischer Instrumente der Hochschule für Musik⁶ in Dresden, die als Archiv der Fürstenschule Grimma bezeichnete Sammlung des Kreismuseums Grimma.

Blieben so einerseits manche Meldungen unscharf, so wurde andererseits Archivgut, als Landeskulturgut unter dem Schutz der Verfassung, in nassem Zustand zum Entsorgungsobjekt, wurde bei anbieterpflichtigen Stellen nicht immer überhaupt nach

³ Ute Essegern, Keine Chance gegen Weißeritz und Elbe, in: Rundbrief Fotografie N.F. 35, 2002, Vol. 9, No. 3 S. II.

⁴ Vgl. die Meldungen der Dresdner Neuesten Nachrichten (DNN) vom 19.09.2002 über „Schäden an 35 Dresdner Archiven“ und die differenzierendere Darstellung im Beitrag von Ralf Redemund. Danach wurde die Einwohnermeldekartei 1945 – 1990 schockgefrostet; „allein im Rathauskeller seien 70 Tonnen Material des Standesamts abgesoffen. Die Bußgeldstelle meldet den Verlust von bezahlten Bußgeldern, das Gesundheitsamt Schuluntersuchungs- und Patienten-Akten mit Röntgenaufnahmen. Das Marktamt verlor das Finanzarchiv komplett. Schlimm erging es den Krankenhäusern in Friedrichstadt und der Neustadt. Bei beiden kam es zu erheblichen Verlusten beim Röntgenarchiv. Das Schularchiv im Sportgymnasium wurde zu 80 Prozent zerstört, ebenso bei der Sportmittelschule. Das Brecht-Gymnasium beklagt den Verlust von einem Drittel des Archivs. Komplet vernichtet wurden die Akten in der 10. und 18. Mittelschule“. Die Sächsische Zeitung (SZ) vom 18.09.2002 verweist ergänzend auf „eine Million Akten“, die in einer Außenstelle des Stadtarchivs getrocknet werden. Die Unterlagen des Standesamtes konnten erst ab 26.08. aus den Rathauskellern geräumt werden.

⁵ SemperOper. Theaterjournal der Sächsischen Staatsoper Dresden, 1, 2002/03, S. 2 – 5.

⁶ DNN vom 22.08.2002: „Akten sind zerstört, das Archiv zum Teil auch“; Rundbrief der Hochschule vom 04.09.2002 nur Hinweis auf Archiv historischer Instrumente.

Möglichkeiten der Erhaltung von Unterlagen gesucht, die als Akten augenscheinlich keinen hohen Stellenwert besaßen.⁷ Dies betraf Behörden und Landtag⁸ ebenso wie beispielsweise das in Insolvenz befindliche Unternehmen Schiffswerft Bad Schandau, dessen zur Übernahme in das Sächsische Wirtschaftsarchiv e.V. in Leipzig vorgesehenen Unterlagen nach zweitägiger Wässerung ohne Rücksprache vernichtet wurden.⁹

Ab dem 14. August begann sich die Situation von der Elbe her zu verschärfen. Dabei blieb die Nachrichtenlage über das, was aus Tschechien zu erwarten war und welche Rolle die Elbzuflüsse aus dem Erzgebirge spielen würden, lange diffus, wurden die Prognosen immer schneller und kurzfristiger nach oben korrigiert. Bald zeigte es sich, dass der Rückgriff auf die Hochwasserkarte von 1845 alleine nicht mehr helfen würde. Sehr langsam wurde den Betroffenen bewusst, dass Wasser nicht nur als Oberflächenwasser in Gebäude einströmen kann, sondern auch als Rückstau aus Vorflutern und Kanalisationen, aber auch bedrohlich durch den Anstieg des Grundwassers. Der Ausfall von Energielieferanten konnte das Abpumpen vergleichsweise geringer einsickernder Wässer unvermittelt zum Problem werden lassen, der Grundwasseranstieg die Statik von Gebäuden gefährden. Als am 15. August abends die Räumung der Keller der Ministerialgebäude in Dresden angeordnet wurde, waren diese Konsequenzen noch nicht überall absehbar. Und die Scheitelwelle

⁷ Vgl. beispielsweise SemperOper (wie Anm. 5), S. 5: 16 m³ Daten und Aktenmaterial in Containern; einige blaue Müllsäcke tiefgefroren; vier Mülltonnen voller Personalakten nochmals gesichtet und vernichtet; S. 29: Zerstörung des gesamten Schriftgutes in den Büros der Verwaltung.

⁸ Andreas Novak, SZ vom 13.09.2002: „... geborgen werden, ebenso ein kleiner Teil des Archivs – der Rest ging unter“.

⁹ Für die Mitteilung danke ich Dr. Petra Listewnik. Als weitere Schäden sind in diesem Umfeld zu nennen: „etwa 15 km personenbezogener Akten aus der klinischen bzw. pharmazeutischen Dokumentation“ bei einem Dienstleistungsunternehmen in Leißnig sowie nicht bezifferte Schäden der Lokalredaktion Wurzen der Leipziger Volkszeitung.

¹ Über die Verluste im Prager Militärarchiv vgl. die email-Debatte zur Meldung des Collegium Carolinum vom 22.08.2002.

² Johann Fischer, Die Wahrheit liegt im Kriebstein-Schlamm, in: Freie Presse vom 13.09.02, S. 5 zur Funktion der Talsperren Kriebstein und Eibenstock.

der Flut am Vormittag des 17. August – 9,40 m wurden erreicht – konnte keine Entwarnung bedeuten, da das Grundwasser in den folgenden Tagen noch weiter stieg. Statische Probleme verhinderten danach ein zügiges Abpumpen, und nur Wenige verstanden, dass es für Schadensbilanzen noch zu früh war. Die Übermittlung von Informationen blieb noch mehrere Tage nach Rückgang des Hochwassers problematisch.

entstanden. Insbesondere betroffen sind Archive von kommunalen Trägern der Selbstverwaltung sowie dezentrale Registraturen der Justizverwaltung. Die Staatsarchive in Chemnitz, Dresden, Freiberg und Leipzig selbst blieben verschont. Die Belegschaft des Hauptstaatsarchivs Dresden und zahlreiche Hilfskräfte aus staatlichen Dienststellen und Ministerien, vor allem aber der Offiziersschule des Heeres in Dresden,

bildnern, auch durch die zuständigen Staatsarchive vor Ort, koordiniert. Es blieb in den folgenden Tagen ihr Ansprechpartner in Fragen des Umgangs mit nassen Unterlagen. Eine vorläufige Schätzung ergab sehr schnell allein für den Geschäftsbereich des Justizministeriums Verluste von 17.000 lfm Schriftgut. Erstmals wurden Behörden mit der Frage konfrontiert, wie die rechtsstiftende Funktion von Unterlagen nach derar-



Geborgene wassergeschädigte Verfahrensakten im 2. OG des Amtsgerichtes Grimma
Foto: Hans-Jürgen Voigt

Zusammenfassend kann man heute konstatieren: Von der Flut betroffen waren die Landkreise Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Mittlerer Erzgebirgskreis, Zwickauer Land, Chemnitz Land, Stollberg, Freiberg, Mittweida, Weißeritzkreis, Sächsische Schweiz, Meißen, Döbeln, Muldentalkreis, Delitzsch, Torgau-Oschatz und Riesa-Großenhain sowie Dresden.

Durch die Hochwasser von Weißeritz, Flöha, Mulde und Elbe sind erhebliche Schäden an Archiv- und Registraturgut im Freistaat Sachsen

evakuierten vom 16. August bis in die frühen Morgenstunden des 17. das Archivgut aus dem Kellergeschoss des Magazinflügels in Lesesäle und darüber liegende Magazinebenen. In nächtlicher Wechselschicht wurde die Gefährdung noch bis zum 18. August beobachtet. Das Zusammenstehen aller in diesen Tagen kann nicht hoch genug gewürdigt werden.

Seit den ersten Meldungen am 12. August hatte das Referat Archivwesen im Innenministerium die Beratung von Archiven und Registratur-

tigen Schäden zu gewährleisten war. Sobald die betroffenen Registraturen der anbieterpflichtigen Stellen wieder zugänglich wurden, und dies war aus den oben geschilderten Gründen teilweise erst 10 Tage nach der Überflutung der Fall, berieten die zuständigen Staatsarchive die Gerichte und Behörden beim Umgang mit den nassen Papieren und Fotos. Überlegungen zur natürlichen Trocknung erwiesen sich angesichts hochsommerlicher Temperaturen und eines nur langsam zurückgehenden Luftfeuchtigkeitsgehaltes wegen

Schimmelgefahr als wenig tragfähig. Schnell wurde klar, dass für einen großen Teil des Schriftgutes die Anbieterspflicht nicht mehr wahrgenommen werden konnte. Im Zusammenwirken zwischen Archivaren und Justizbediensteten wurde versucht, gleichwohl wichtigste Unterlagen zur Gefriertrocknung vorzusehen. Es bleibt aber zu konstatieren, dass ein Teil der Gerichtsüberlieferung der DDR-Zeit, vor allem aber des Neuaufbaus der Justiz nach 1990 unrettbar verloren ist. Dies betrifft das Oberlandesgericht, Staatsanwaltschaften, das Sozial- und das Arbeitsgericht Dresden. Da das Justizrechenzentrum 14 Tage unter Wasser stand, wurde auch das Original des elektronischen Grundbuchs ein Opfer der Fluten. Im Geschäftsbereich des Finanzministeriums ist als größter Einzelschaden der Verlust der Bauunterlagen für den Bereich der Technischen Universität Dresden seit 1990 zu nennen.

Nach der Flut ist vor der Flut: diese

Erkenntnis ist überall zu hören. Möglichst bald müssen Abläufe analysiert, das Geschehen ausgewertet und Folgerungen gezogen werden. Das betrifft nicht nur die seit Jahren geplante Zentralwerkstatt für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (ZErAB) in Schloss Hubertusburg/Wermsdorf, die als Kompetenzzentrum der staatlichen Archivverwaltung nötige Hilfe in Katastrophenfällen bündeln kann. Die Sinnhaftigkeit der Zentralisierung von Altregistraturen in einem hochwassersicheren Zwischenarchiv steht vor Augen. Zeitnahe Aussonderungen korrespondieren mit Unterbringungsmöglichkeiten in den zuständigen Staatsarchiven, die erst in Umsetzung des Unterbringungsgutachtens für die Staatliche Archivverwaltung ab dem neuen Doppelhaushalt 2003/2004 geschaffen werden. Auch Notfallplanungen sowie Einbeziehung aller Archive in den Katastrophenschutz, Konsequenzen für die Platzierung archivischer Einrichtungen sind

Themen, die in nächster Zeit vertieft diskutiert werden müssen. Bei einer Vorinformation des Vorstandes des Landesverbandes Sächsischer Archivarinnen und Archivare im VdA am 5. September durch das Referat Archivwesen sind bereits weitere Gespräche zur Abstimmung über künftigen Bedarf außerhalb der Staatsarchive vereinbart worden.

Spontane Hilfsbereitschaft vieler Kollegen aus dem In- und Ausland war eine frühzeitige Erfahrung. Außerhalb der Fachwelt verblasst neben der Gemäldegalerie Alter Meister und der Semperoper freilich der Stellenwert von Regionalarchiven. Der Verlust künftigen Archivgutes wird wohl erst die Historiker folgender Generationen kümmern. Um so wichtiger ist es, die Rettung von Unterlagen als Teil von Pflichtaufgaben der Verwaltung zu begreifen und zu vermitteln. Eine erste Sorge galt den technischen Möglichkeiten. Zur Sicherung nasser Papiere im Gefrier-



Blick in die Altregistratur des Sozialgerichtes Dresden
Foto: Volker Schubert

verfahren stellten sich für die betroffenen Registraturen, Bibliotheken und Archive neben der Leipziger Zentrum für Bucherhaltung GmbH eine Reihe von Kühleinrichtungen inner- und außerhalb Sachsens zur Verfügung. Die konstatierten Schäden an älterem Archivgut außerhalb der Staatsarchive hinterlassen für die betroffenen historischen Räume eine unübersehbare Zäsur. Die Stadtarchive Bad Schandau, Grimma, Olbernhau, Pirna sowie das Archiv des Weißeritzkreises mit seiner unikalen Überlieferung zur Geschichte der Region sind hier ebenso an erster Stelle zu nennen wie die Ephoral- und Kirchenarchive in Grimma und Pirna. Dieses Archivgut kann durch nichts substituiert werden. Über den Umfang der zur restaurierenden Schäden wird man erst nach Durchführung seiner Gefriertrocknung Klarheit gewinnen. Zeitlich erstreckt sich die betroffene Überlieferung vom 13. Jahrhundert bis in die jüngs-

te Vergangenheit. Nach wie vor bleibt bei Meldungen über den Verlust von Verwaltungsarchivgut (Altregistraturen), insbesondere zwischen 1952 und 1990 unklar, ob darin noch unbewertetes Schriftgut enthalten war.

Schon kurz nach den ersten Berichten über die Flutkatastrophe im Bereich der linken Nebenflüsse der Elbe hatte das Westfälische Archivamt seine Hilfe angeboten und diese kurzfristig dem Ephoral- und Kirchenarchiv Grimma zur Verfügung gestellt.¹⁰ Einen Teil der Schäden im Stadtarchiv Pirna übernahm die Archivberatungsstelle Rheinland. Das Angebot der Archivreferentenkonferenz zur Hilfe bei ausgewählten Einzelstücken in den Restaurierungswerkstätten der Landesarchivverwal-

¹⁰ Carlies Maria Raddatz, Mit knapper Not geborgen: Ephoral- und Kirchengemeindearchiv Grimma, in: Informationen zum Archivwesen in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 5, 2002, S. 1 – 2.

tungen wird erst nach der Gefriertrocknung und Sichtung der Schäden greifen können. Der Verband der Archivarinnen und Archivare (VdA) organisiert eine Sachspendenbörse über seine Homepage; für betroffene Kommunal- und Kirchenarchive ist die Zweckbindung entsprechend deklarerter Spenden festgelegt. Offen ist, ob und in welchem Umfang die öffentliche Hand die Schäden an Archiven und Registraturen, an Gebäuden und Ausstattung bei der Wiederherstellung der Infrastruktur regulieren wird. Geldspenden bleiben weiterhin nötig und hochwillkommen. Auf den Homepages der Archivverwaltung und der Archivschule Marburg informiert das Referat Archivwesen seit dem 22. August über Schäden und Spendenkonten.

*Dr. Jürgen Rainer Wolf
Staatsministerium des Innern*

Kolloquium, Ausstellung und Publikation zur Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen während des Zweiten Weltkrieges

Dass Sachsen in den Jahren des Zweiten Weltkrieges ein wichtiger Standort der deutschen Rüstungsindustrie war, ist immer noch wenig bekannt. In den Jahren 1939 – 1945 stellten jedoch auch zahlreiche sächsische Firmen militärische Güter her. Bedeutung und Produktionsausstoß sächsischer Rüstungsbetriebe erlebten im Verlauf des Krieges eine ständige Steigerung. Neben einem intensiven Ausbau bestehender Kapazitäten wurden zunehmend Rüstungsbetriebe aus anderen Teilen des Reiches in das als relativ sicher vor Luftangriffen geltende Sachsen verlagert. Die sächsische Landesgeschichte hat sich des Themas der Fremd- und Zwangsarbeit bislang nur unzureichend angenommen. Im Zusammenhang mit der intensiven Debatte um die Zwangsarbeiterentschädigung in den letzten Jahren besteht für dieses Thema jedoch ein erheblicher Bedarf an historisch-politischer Bildungsarbeit. Die Sächsische Archivverwaltung hat dies zum Anlass genommen,

um durch ein Kolloquium, eine Ausstellung und eine Publikation ein breites Informationsangebot für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Zugleich soll damit eine intensive lokale Geschichtsforschung zu dieser Problematik angeregt werden.

Das erwähnte Kolloquium fand am 16. April 2002 im Kammersaal der IHK Südwestsachsen in Chemnitz statt. Die Veranstaltung, die von der Sächsischen Archivverwaltung und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisiert wurde, fand eine gute Resonanz: über 120 Teilnehmer hatten sich angemeldet. Außerdem wurde im Fernsehen und in der Presse über das Kolloquium berichtet.

Folgende Referate wurden gehalten:

- Dr. Ulrich Heß, Zwangsarbeit in Deutschland und in Sachsen (Dr. Ulrich Heß nutzte in seinem Vortrag Teile des Referates von Dr. Mark Spoerer: Zwangsarbeit in der NS-Zeit in Deutschland. Verlauf

und Ergebnisse einer politischen und wissenschaftlichen Diskussion, da Dr. Mark Spoerer seine Teilnahme kurzfristig absagen musste.)

- Silke Schumann, Zwangsarbeit im Regierungsbezirk Chemnitz
- Alexander Fischer, Zwangsarbeit im Dresdner Raum (Das Referat wurde verlesen.)
- Thomas Urban, Zwangsarbeit in der sächsischen Braunkohlenindustrie
- Dr. Klaus Müller, Zwangsarbeit in einem Chemnitzer Maschinenbaubetrieb (NILES)
- Andreas Mai, „Haltet Abstand von den Ausländern!“: NS-Ideologie und Lebenswelten von Zwangsarbeitern in Sachsen
- Dr. Beate Berger, Zwangsarbeit in der Leipziger Stadtverwaltung. Einige Bemerkungen zur Quellenlage
- Dr. Mustafa Haikal, Einige Bemerkungen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Hugo-Schneider-AG (HASAG)

Die Kolloquiumsbeiträge wurden inzwischen in einem Tagungsband veröffentlicht. Er erschien mit dem Titel „Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939 – 1945“ Ende Oktober 2002 in Kommission beim mdv Mitteldeutschen Verlag Halle/S. in der Veröffentlichungsreihe der Sächsischen Archivverwaltung.

Diese Publikation ist jedoch nicht nur Tagungsband, sondern zugleich Begleitpublikation für eine Gemeinschaftsausstellung der sächsischen Staatsarchive zur Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen. Vierzig ausgewählte Archivadokumente der Ausstellung fanden in dem Band Aufnahme, wurden kommentiert und in den historischen Kontext eingebettet. Zeittafel, Abkürzungsverzeichnis und Auswahlbibliographie runden die Publikation ab.

Die Wanderausstellung „... das Allerletzte an Arbeitsleistung herauszuholen...“ – Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939 – 1945“ wurde als Gemeinschaftsausstellung aller sächsischen Staatsarchive federführend vom Sächsischen Staatsarchiv Leipzig vorbereitet. Unter der Leitung von Dr. Gerald Kolditz (Staatsarchiv Leipzig) wirkten an ihrer Vorbereitung Marion Fechner, Dr. Thoralf Handke, Jens Trombke (alle Staatsarchiv Leipzig), Bernd Scheperski (Hauptstaatsarchiv Dresden), Dr. Klaus Müller und Steffen Schütze (Staatsarchiv Chemnitz) sowie Mona Haring (Bergarchiv Freiberg) mit. Dr. Ulrich Heß (Wurzen) unterstützte die Ausstellung insbesondere als Autor des Textbeitrages der Begleitpublikation.

Die Ausstellung zeigt in sechs thematischen Komplexen auf 23 gestalteten Tafeln über 150 ausgewählte Archivalien der vier sächsischen Staatsarchive zum Einsatz von Fremd- und Zwangsarbeitern einschließlich Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge und deckt trotz vorhandener Überlieferungslücken die wichtigsten Themenfelder und gleichzeitig die Regionen Sachsens weitgehend ab. Neben aussagefähigen schriftlichen Zeugnissen, die allgemeine Festlegungen oder Ein-

zelentscheidungen und -schicksale dokumentieren, wurden auch die allerdings nur vereinzelt in den Staatsarchiven überlieferten zeitgenössischen Fotos und Lagepläne einbezogen. Auf Leihgaben anderer Stellen wurde nur in wenigen Ausnahmefällen zurückgegriffen.



Russisch-Deutsches Bildwörterbuch für den Steinkohlenbergbau
BergAFG, Gewerkschaft Gottes Segen
Lugau, Nr. 363

Inhaltliche Ausstellungsschwerpunkte sind u.a. die Anwerbung, Zwangsverpflichtung und Verschleppung ausländischer Zivilarbeiter nach Deutschland und deren Arbeitseinsatz in den wichtigsten Zweigen der Kriegswirtschaft, die Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Juden. Auf weiteren Tafeln werden Unterbringung, Entlohnung, Ernährung und Bekleidung, das Lagerleben sowie das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern dargestellt. Außerdem werden die Ungleichbehandlung und Diskriminierung bestimmter Nationalitäten, Überwachung und Bestrafung sowie Formen des passiven und aktiven Widerstandes wie langsames Arbeiten, Flucht und Sabotage anhand zahlreicher Beispiele aufgezeigt. Der letzte Themenkomplex widmet sich der Befreiung, Erfassung und Repatriierung der Zwangsarbeiter unmittelbar nach Kriegsende, der Bestra-

fung der Täter sowie dem Gedenken an die Opfer des NS-Regimes und deren späte materielle Entschädigung in jüngster Zeit. Der zeitliche Bogen der Ausstellung spannt sich somit von der Vorgeschichte der Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in der die sächsischen Staatsarchive im Rahmen der Nachweisbeschaffung für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter täglich ihren Beitrag zur Wiedergutmachung leisten. Seit Januar 2000 wurden in den vier Staatsarchiven bereits mehr als 5.500 derartige Auskunftersuchen bearbeitet, und vielen Betroffenen konnte zu ihrem Recht verholfen werden.

Die Ausstellung wurde am 30. Oktober 2002 im Staatsarchiv Leipzig eröffnet. Sie ist bis zum 24. Januar 2003 im Staatsarchiv Leipzig zu den Öffnungszeiten des Archivs zu besichtigen, wo ergänzend zu den reproduzierten Archivalien auf den Ausstellungstafeln auch Originale in Vitrinen gezeigt werden. Anschließend wird sie bis Anfang März 2003 im Lichthof des Dresdner Rathauses gezeigt. Weitere Stationen sind Chemnitz, Görlitz, Zittau und andere sächsische Städte. Die genauen Termine werden noch bekannt gegeben.

Dr. Gerald Kolditz
Staatsarchiv Leipzig

Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern

Erschließung von Zwangsarbeiterunterlagen in Chemnitzer Archiven gefördert

Die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ fördert die Erschließung von NS-Zwangsarbeiterunterlagen im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz und im Stadtarchiv Chemnitz mit Zuwendungen in Höhe von insgesamt ca. 13.000 €. Die Förderung zielt auf die namentliche Erfassung von Fremd- und Zwangsarbeitern und damit auf verbesserte Recherchemöglichkeiten. Der Nachweis des Einsatzes durch persönliche Dokumente, durch Do-

kumente in den Archiven der Heimatländer oder in deutschen Archiven ist eine wichtige Voraussetzung für die Gewährung von Entschädigungsleistungen aus dem Fonds der Bundesstiftung. Bei den Unterlagen handelt es sich um Archivgut der Chemnitzer Stadtverwaltung und eingemeindeter Vororte sowie von insgesamt 38 Chemnitzer Industrieunternehmen. Das Archivgut konnte bislang nur mit sehr großem Aufwand zum Nachweis von NS-Zwangsarbeit genutzt werden.

Im Stadtarchiv Chemnitz wurde das Vorhaben von Mitte Juli bis Ende August realisiert. Dabei wurden ca. 1.500 Namen erfasst. Die Erschließungsarbeiten im Staatsarchiv Chemnitz haben Anfang Juni begonnen und werden bis Ende November abgeschlossen sein. Ende August waren bereits ca. 4.500 Namen erfasst. Die sächsischen Projekte zählen zu den wenigen Vorhaben, die durch die Stiftung im Archivwesen gefördert werden. Die Förderung war vom Referat Archivwesen des Säch-

sischen Staatsministeriums des Innern beantragt worden.

Durch die Erschließungsverbesserung wird es möglich sein, schnellere und genauere Auskünfte zu erteilen. Die Nachweismöglichkeiten für Fremd- und Zwangsarbeiter, die in Chemnitz eingesetzt waren, werden sich damit erheblich verbessern.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Digitalisierung der „Bergmann’schen Exulantensammlung“. Eine Kooperation zwischen der Ludwig-Maximilians-Universität München und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden

Die Böhmisches Exulanten gehörten lange Zeit zu den vergessenen Migrantengruppen des 17. Jahrhunderts. Verglichen mit dem Bekanntheitsgrad der Hugenotten oder der Salzburger Protestanten führten sie in der deutschen Geschichtsschreibung eher ein Schattendasein. Nichts desto weniger wurde vor allem in Sachsen die Erinnerung an die vielen tausend Einwanderer aufrechterhalten, die sich im 17. und 18. Jahrhundert dort niederließen, wenngleich sich auch das Interesse der sächsischen Landesgeschichte an ihnen in den letzten Jahrzehnten in Grenzen hielt.

Das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden verwahrt zahlreiche Schätze zur Geschichte der Böhmisches Exulanten, darunter die so genannte „Bergmann’sche Exulantensammlung“. In einer Kooperation zwischen dem Hauptstaatsarchiv und einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojekt am Historischen Seminar der Universität München wurde im Jahre 2001 damit begonnen, die Informationen der „Bergmann’schen Exulantensammlung“ in eine Datenbank aufzunehmen. Auf diese Weise ergeben sich ganz neue Recherche- und Zugriffsmöglichkeiten auf individuelle Schicksale und soziale Strukturen derjenigen Personen und Familien, die zu einem gro-

ßen Teil als lutherische Konfessionsflüchtlinge seit dem Dreißigjährigen Krieg Länder wie Böhmen, Mähren, Slowakei oder Schlesien verließen und sich daraufhin oftmals in Sachsen ansiedelten.

Bei der „Bergmann’schen Exulantensammlung“ handelt es sich um eine Zwischenstufe zwischen archivalischer Quelle, Findmittel und Manuskript. Die Sammlung besteht aus 60 handgeschriebenen Foliobänden, die der Dresdner Oberlehrer Alwin Bergmann (1862 – 1938) in fast vierzigjähriger Kleinarbeit mit allen ihm zugänglichen Informationen über Exulanten füllte.

Der aus Ebersbach in der Oberlausitz stammende Alwin Bergmann beschäftigte sich von 1903 bis zu seinem Tode mit der Exulantenmaterie. Er durchforstete staatliche, kommunale und kirchliche Archive Mitteldeutschlands, um selbst kleinste Mosaiksteinchen über einzelne Personen, Daten, Verwandtschafts- und Bekanntschaftsverhältnisse, ja sogar Selbstzeugnisse in Auszügen abzuschreiben und in seine Sammlung einzufügen. Entstanden ist über die Jahre ein Konvolut, das nach Bergmanns eigener Einschätzung wohl mehr als 50.000 Personeneinträge umfasst, alle in unterschiedlicher Ausführlichkeit, aber fast immer mit verlässlichen Quellen- und Literatur-

angaben. Bergmann selbst hielt zeit seines Lebens einige Vorträge zum Thema, veröffentlichte aber keine nennenswerten Arbeiten dazu. Allerdings stellte er die Sammlung dem österreichischen Historiker Georg Loesche zur Verfügung, der sie als Grundlage für sein 1923 erschienenes Buch „Die böhmischen Exulanten in Sachsen“ verwendete. Die Sammlung wuchs anschließend noch weiter und ließ sich bis heute auf Grund ihres enormen Umfangs immer nur punktuell auswerten.

Die digitale Erfassung der Bergmann’schen Sammlung begann im Juni 2001 im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Hauptstaatsarchiv Dresden und dem von Prof. Dr. Winfried Schulze geleiteten Forschungsprojekt „Zuwanderung und Fremdenakzeptanz“. Dieses Projekt wird durch die DFG gefördert und ist Teil des geisteswissenschaftlichen Sonderforschungsbereichs „Pluralisierung und Autorität in der Frühen Neuzeit“ an der Universität München. Es widmet sich am Beispiel Sachsens der Fremdenaufnahme und Integration von Zuwanderern im 17. Jahrhundert.

Die Sammlung gliedert sich in zwei Großteile (Personen; Orte) und umfasst ferner Nachträge, Notizen und Quellenauszüge. Der Personenteil besteht aus zwei Bänden „Adel“,

einem Band „Geistliche, Gelehrte, Künstler, Musiker, Schulmeister“ sowie drei Bänden „Bürger, Handwerker, Bauern“ – jeweils mit einigen Nachtragsbänden. Die Projektmitarbeiter entschlossen sich aufgrund der Größe der Sammlung, bei der Erfassung mit dem Teil „Geistliche, Gelehrte usw.“ zu beginnen, da hier einerseits am schnellsten ein Überblick über die Handhabung der Datenmengen zu erwarten war, andererseits diese sozialen Gruppen bislang verhältnismäßig schlecht untersucht sind. Allein durch die Erfassung der Gelehrten und Pfarrer in einer relationalen Datenbank wurden etwa 7.000 Personendatensätze erstellt, wobei hier etwa auch die Verbindungen und Kontakte mit ortsansässigen Personen erfasst wurden. Erste Erkenntnisse formaler und inhaltlicher Art ließen sich gewinnen. Neben den Abfragemöglichkeiten von Orten, Verwandtschaftsverhältnissen, Kontakten und ‚Netzwerken‘ unter Zuwanderern wurde die Vielschichtigkeit des Exulantenphänomens deutlich: Man wird wohl Abstand davon nehmen müssen, von einer Großgruppe „der“ Böhmisches Exulanten zu sprechen, also etwa gebürtigen Böhmen, die aus Glaubensgründen nach Sachsen vertrieben wurden. Viele Zuwanderer waren nämlich gebürtige Sachsen, gingen dann nach Böhmen und kamen während der habsburgischen Rekatholisierungsmaßnahmen einfach wieder in ihre alte Heimat zurück. Andere Exulanten wiederum hatten zuvor in Sachsen studiert oder pflegten regelmäßige Kontakte über die Grenzen hinweg. Diese Kontakte trugen dann maßgeblich zur Wahl des Zielorts oder zur (Wieder-) Ansiedlung in Sachsen bei. Die Auswertung der Bergmann'schen Exulantensammlung unterstreicht damit die Tatsache,

dass etwa zwischen Böhmen und Sachsen die Kontakte stabil waren und durch kriegerische Ereignisse oder vorübergehende Grenzschließungen nicht allzu sehr beeinträchtigt wurden.

Es ist vorgesehen, die Erfassung der Bergmann'schen Sammlung, mindestens für den ersten Teil, also die systematisch angeordneten Personenverzeichnisse fortzuführen. In einem späteren Schritt wäre vorstellbar, längere Quellenexzerpte zu scannen und als Bilddateien den einzelnen Personeneinträgen beizugeben, so dass man den Nutzern die Sammlung in digitaler Form zur Verfügung stellen könnte und sich die Recherchemöglichkeiten verglichen mit der Benutzung der Originalquellen bestandsschonender und verglichen mit der Benutzung von Mikrofilmen weit komfortabler gestalten würde.

Die Bergmann'sche Exulantensammlung bietet somit mehr als nur einen Vorgeschmack der Originalquellen wie Exulantenlisten oder Aufnahme-suche – Quellen, die das Hauptstaatsarchiv ebenfalls in großer Zahl verwahrt. Der Wert der Sammlung erschließt sich vor allem aus den aus entferntesten Fundstellen zusammengetragenen Informationen, weniger aus statistischer Genauigkeit (die bei Quellen der Frühen Neuzeit ohnehin eine Illusion bleiben muss) oder aus der Qualität der Transkriptionen, die bei Bergmann zwar meistens, aber nicht immer, heutigen editorischen Standards entsprechen. Dem professionellen Historiker bleibt der Griff zu den Originalquellen damit häufig nicht erspart. Diese erschließen sich jedoch mit Hilfe der Sammlung bedeutend leichter, schneller und umfangreicher als durch eigenständige langwierige Suche – bedenkt man, dass die Bergmann'sche Sammlung

das Resultat von etwa vierzig Arbeitsjahren darstellt. Welcher Historiker kann sich mit dem heutigen, wengleich verbesserten methodischen Rüstzeug in Anbetracht des üblichen Drucks durch Qualifikationsarbeiten, von Stellenfluktuation und knappen Kassen auch nur ein Viertel dieser Zeit einem einzigen Thema widmen? Heimatforscher oder Genealogen dagegen werden mit großem Gewinn quasi auf Knopfdruck die Exulanten „ihres“ Ortes, die Verwandtschaftsverhältnisse eines bestimmten Exulantenpfarrers, die Berufe, Patenschaften und Eheverbindungen oder die Reiseitinerare zehntausender einzelner Personen ermitteln können. Themen dieser Art wiederum gehen über die bisherige Exulantenforschung hinaus und bereichern nicht nur die sächsische Landesgeschichte, sondern die sozialhistorische Forschung insgesamt. Somit bleibt zu hoffen, dass die Digitalisierung der „Bergmann'schen Exulantensammlung“ in mehrerer Hinsicht beiträgt zu einer angemessenen Würdigung dieser zahlreichen Zuwanderer im 17. und frühen 18. Jahrhundert: für die kollektive Erinnerung innerhalb Sachsens, für die Geschichte der Frühen Neuzeit und zeitübergreifend für Fragen von Zuwanderung und Fremdenakzeptanz. Und dies wäre wohl auch im Sinne Alwin Bergmanns, der den Reiz seiner Forschungen nach eigenen Worten darin sah, „vergangene Schätze der Gegenwart nutzbar zu machen und so erst die Gegenwart aus der Vergangenheit verstehen zu können.“

*Alexander Schunka
Ludwig-Maximilians-Universität München*

Zu Bestandsbildung und Erschließung von Katasterunterlagen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden am Beispiel des Bestandes 10803 „Katasteramt Dippoldiswalde“

Im Rahmen eines Praxissemesters der Fachhochschule Potsdam wurde zwischen Oktober 2001 und Februar 2002 der Bestand 10803 „Katasteramt Dippoldiswalde“ des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden neu erschlossen. Die Arbeiten an einer Überlieferung, die über etwa 120 Jahre hinweg weitgehend unveränderte Schriftgutformen aufweist, gleichzeitig aber einer recht inkonstanten Behördenstruktur mit mehrfach wechselndem Sprengelzuschnitt entstammt, gaben Gelegenheit, die Bestandsbildung und Erschließung von Grundsteuerunterlagen theoretisch zu überdenken und die besonderen verwaltungs- und bestandsgeschichtlichen Bedingungen bei einer Neubearbeitung zu berücksichtigen.

Die Anfänge der modernen Katasterverwaltung in Sachsen ergaben sich aus dem Erfordernis einer schon lange überfälligen Neubemessung der Grundsteuer. Nachdem seit 1835 eine systematische Vermessung, Bonitierung (Abschätzung der Grundstücke) und Kartierung des gesamten Landes unter der Aufsicht der „Zentralkommission zur Vorbereitung eines neuen Grundsteuersystems“ und der „Kommission zur Ausmittlung steuerfreien Grundeigentums“ erfolgt war, trat zum 1. Januar 1844 das neue Grundsteuersystem in Kraft. Die bis dahin für die Einnahme der direkten Steuern verantwortlichen 56 Kreis- und Amtssteuereinnahmen wurden 1835 durch 22 Bezirkssteuereinnahmen ersetzt, denen neben Erhebung der direkten Steuern die Führung der Kataster der Landgemeinden und kleineren Städte oblag. Die Bezirkssteuereinnahmen wurden 1920 durch die Finanzämter abgelöst. Mit der Einführung einer neuen Staatsgrundsteuer zwei Jahre später kam es erstmals zu einer Zusammenführung der Katasterverwaltung und der Vermessungstätigkeit. Es erfolgte – so auch in Dippoldiswalde – die Bildung von Bezirksvermessungsäm-

tern. 1934 wurde das Vermessungswesen Reichsangelegenheit. Für das gesamte Reich kam es 1938 zur Bildung von Hauptvermessungsabteilungen, die in Sachsen bei dieser Gelegenheit zum Innenressort geschlagen wurden. Im Innenministerium entstand eine Abteilung Vermessungswesen, der das bisherige Landesvermessungsamt als Kataster- und Vermessungsverwaltung unterstand. Aus den ehemaligen Bezirksvermessungsämtern wurden Katasterämter. In den Jahren 1945 bis 1952 waren Katasterämter, Kreisvermessungsämter, Vermessungsabteilungen bei den Landkreisen bzw. Stadtvermessungsämtern in großen Städten für Fluranlagen zuständig, bis die Verwaltungsreform von 1952 bei den Räten der Kreise je eine Abteilung für Kataster und Vermessung schuf. Im gleichen Jahr erhielt die Abteilung Kataster die Aufgaben der Grundbuchdokumentation übertragen, die vorher von den Grundbuchämtern (Amtsgerichten) wahrgenommen wurden. Seit 1965 übernahm der Liegenschaftsdienst beim Rat des Bezirkes mit seinen Außenstellen und Arbeitsgruppen in den Kreisen die Zuständigkeit für die Liegenschaftsdokumentation (Grundbuch und Kataster).

Der vielfältige Wandel in der Behördenzuständigkeit ging einher mit mehrfachen Veränderungen des jeweiligen Sprengels. Die Bezirkssteuereinnahme Dippoldiswalde war als Katasterbehörde seit 1844 zunächst für die Ämter Dippoldiswalde, Grilenburg und Altenberg, seit 1856 für die Gerichtsämter Dippoldiswalde, Tharandt und Altenberg zuständig. Erst mit der Verwaltungsreform von 1873 wurde der Katastersprengel mit dem der Amtshauptmannschaft (seit 1938 Landkreis) gleichgesetzt. Nach nahezu 80 Jahren Konstanz schuf die Ziehung neuer Kreisgrenzen im Jahr 1952 wiederum veränderte Gegebenheiten.

Die Zusammenführung sämtlicher Unterlagen der Liegenschaftsdokumentation (Flur-, Kataster- und Grundbücher nebst zugehörigen Akten) auf der Grundlage neuer Verwaltungsgrenzen im Jahr 1952 beeinflusste auch die archivische Arbeit. Im damaligen Staatsarchiv Dresden beabsichtigte man zeitweilig, den durch behördliche „Koordination“ der entsprechenden „Archivaliengruppen“ geschaffenen thematischen Zusammenhang im Interesse der wissenschaftlichen Nutzbarkeit auch bei der Bestandsbildung zu wahren (vgl. Archivmitteilungen 15, 1965, S. 235). Kataster- und Grundbuchüberlieferung sollten demnach unter einer gemeinsamen Provenienz „Rat des Kreises“ zusammengefasst werden, die Zuordnung von Ortsunterlagen in jedem Fall auf Grundlage der neuen Kreisgrenzen erfolgen. Dabei blieb unberücksichtigt, dass die älteren Katasterunterlagen nach 1952 nur in wenigen Einzelfällen weitergeführt und mit der Einführung eines einheitlichen Liegenschaftskatasters bis spätestens 1956 geschlossen worden waren. Die Räte der Kreise stellten somit bei den weitaus meisten Unterlagen nicht die letzte aktenführende Stelle dar. Diesem Befund entsprechend hatte das Dresdner Archiv die bis 1956 übernommenen Unterlagen denn auch zunächst in einer Provenienz „Katasteramt“ zusammengeführt, die von den bis 1945/52 geltenden Grenzen der Amtshauptmannschaften ausging. Spätere Abgaben durch die Räte der Kreise und die Liegenschaftsdienste beim Rat des Bezirkes wurden entsprechend den neuen Planungsvoraussetzung allerdings in ihrer Abgabegemeinschaft belassen, die sich an den seit 1952 geltenden Kreisgrenzen orientierte.

Auch im Fall der Dippoldiswalder Katasterunterlagen standen seitdem verschiedene Teilbestände mit unterschiedlichem Sprengelbezug nebeneinander. Bei der jetzt erfolgten Neu-

bearbeitung wurden daher die bislang nach den Kreisgrenzen seit 1952 geordneten Archivalien aus Abgaben der Räte der Kreise Dippoldiswalde, Freital und Pirna sowie der Außenstelle Freital des Liegenschaftsdienstes beim Rat des Bezirkes Dresden mit dem bereits 1956 gebildeten Kernbestand „Katasteramt Dippoldiswalde“ auf Basis der bis 1945/52 gültigen Kreisgrenzen vereinigt. Formell handelt es sich beim Bestand „Katasteramt Dippoldiswalde“ um einen zusammengefassten Bestand, der weitgehend gleichartiges Schriftgut verschiedener zeitlich aufeinanderfolgender Grundsteuerbehörden aus der Zeit seit 1835 beinhaltet. Die Bestandsabgrenzung erfolgte pragmatisch nach dem am längsten bestehenden amtshauptmannschaftlichen Sprengelzuschnitt, während die Vorgängerbehörden als „unerhebliche Provenienzen“ (Gerhart Enders, Archivverwaltungslehre, Berlin ²1967, S. 103) unberücksichtigt bleiben konnten. Dennoch ist die Bestandsbezeichnung „Katasteramt Dippoldiswalde“ vom Provenienzgedanken her problematisch, da zwar der Sprengel dieser Behörde die größte Kontinuität aufweist und es sich bei ihr im Wesentlichen um die letzte aktenführende Stelle handelt, die Behördenbezeichnung aber nur vergleichsweise kurz bestand. Überlegenswert wäre daher eine „neue, verallgemeinernde Bezeichnung“, „die alle Registraturbildner des zusammengefassten Bestandes deckt“ (OVG § 54, 3) und im vorliegenden Fall sinnvollerweise „Grundsteuerbehörden Dippoldiswalde“ lauten könnte. Im Prinzip wäre die Bezeichnung auch auf die übrigen noch zu bearbeitenden „Katasterämter“ des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden zu übertragen.

Die inneren Strukturen des Grundsteuerschriftguts blieben über 100 Jahre nahezu unverändert. Die Flurbücher führen die einzelnen Grundstücke einer Flur mit Namen der Eigentümer, Abschätzung und verwerteter Grundfläche der Gebäude und Hofräume, Größe des Ackerlan-

des und anderer Nutzflächen, Güteklasse des Bodens, Reinertrag, Steuereinheiten u.a. auf. Im Bestand des Katasteramts Dippoldiswalde befinden sich zwei gleichartige Ausfertigungen von Flurbüchern. Eine dritte Ausfertigung wurde bei der Grundbuchbehörde (Amtsgericht) zur Grundbuchdokumentation geführt. Das Grundsteuerkataster (Kataster) wurde ebenfalls für einen Flurbezirk angelegt, übernahm die Daten der Flurbücher und brachte sie in einen nach dem Besitzstand geordneten Zusammenhang. Die Grundsteuerkataster enthalten Angaben über die Eigentümer und die von ihnen zu tragenden Steuereinheiten. Seit 1922 wurden die Kataster als Besitzstandsbücher bezeichnet. Extra aufgestellte Namensverzeichnisse sollten den Zugriff erleichtern. Besitzveränderungen wurden in den so genannten Nachträgen ergänzt. Diese sind direkt im Flurbuch bzw. Grundsteuerkataster enthalten oder als selbständiges Amtsbuch geführt worden. Zu den Flurbüchern gehören die Flurkrokis. Bei diesen handelt es sich um den kartographischen Niederschlag der jeweiligen Fluraufnahme, die im Zusammenhang mit der Katasteraufnahme der Jahre nach 1835 gefertigt wurde. Auf ihnen ist die Lage der einzelnen Parzellen und die Kulturart des Bodens durch farbige Kennzeichnung ersichtlich. Wurde noch ein Beikroki (Beiblatt) angefertigt, ist darauf die Ortslage selbst dargestellt. Die Originale befinden sich, soweit erhalten, in einzelnen Bänden der bei der Grundsteuerbehörde geführten Flurbuchserie eingelegt. Einzelne Blätter gelangten in der Vergangenheit in die Kartenabteilung des Hauptstaatsarchivs, daneben existiert dort eine komplette Serie von Fotokopien, die um 1900 auf Veranlassung der Sächsischen Kommission für Geschichte hergestellt wurden. Die Gebäudeabschätzungsverzeichnisse geben Auskunft über den jährlichen Mietertrag von Gebäuden. Es handelt sich hier um Angaben, die zum Eintrag in das Flurbuch vorgesehen waren. Akten der Grundsteuerverwaltung (vor

1922 entstanden) und Flurbuchakten (seit 1922 geführt) enthalten tabellarische Aufstellungen über Steuereinheits- und Flurstücksveränderungen, Anzeigen über Neubauten und Veränderungen an Gebäuden, bei denen noch keine Grundsteuerregelung erfolgt ist, sowie Gebäudenutzungsverzeichnisse für die Abschätzung der Grundsteuer, Auszüge aus Grund- und Hypothekbüchern, Aufstellungen über die Landrentenverteilung sowie den Schriftwechsel über Gebühren und Kosten der Vermessung und Einschätzung. Daneben können noch Kommissionsakten über die Einschätzung von Grundeigentum, Auszüge und Abschriften aus Flur- und Besitzstandsbüchern und so genannte „Privatakten“ von Landmessern über Grundsteuerregulierungen überliefert sein. Der Bestand „Katasteramt Dippoldiswalde“ ist damit von besonderer Bedeutung für die Orts- und Flurforschung, da er genaue Kenntnisse über Umfang, Wert und Lage sowie die Rechtsverhältnisse der Grundstücke vermittelt. Er bildet so eine wichtige Quelle für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Aber auch für die Familiengeschichtsforschung ist der Bestand interessant, gut zugänglich durch überlieferte Namensverzeichnisse. Durch den engen Zusammenhang zwischen Flur- und Besitzstandsbüchern und dem Grundbuch sind die Archivalien nicht zuletzt für die Klärung von Vermögensfragen von Relevanz. Aufgrund des häufigen Wandels in der Behördenstruktur der Grundsteuerverwaltung finden sich Quellen zu diesen Aspekten immer wieder auch in verwandten Beständen wie dem Amt Dippoldiswalde, der Amtsauptmannschaft Dippoldiswalde, der Bezirkssteuereinnahme Dippoldiswalde, dem Amtsgericht Dippoldiswalde, ferner der Zentralkommission zur Vorbereitung eines neuen Grundsteuersystems und dem Ministerium der Finanzen (bis 1945).

*Frank Lehmann
Fachhochschule Potsdam*

*Dr. Peter Wiegand
Hauptstaatsarchiv Dresden*

Neue Bestände im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz erschlossen

In den Jahren 1949/50 entstand innerhalb der sächsischen Justiz eine besondere Anklagebehörde: der **Bergbaustaatsanwalt in Karl-Marx-Stadt**. In seine Zuständigkeit fielen einerseits die Straftaten deutscher Angestellter und Arbeiter der sowjetischen (später sowjetisch-deutschen) SAG/SDAG Wismut, andererseits sämtliche Delikte zum Nachteil der Wismut. Dem eigentümlichen Charakter dieser Organisation entsprechend, war damit zwar eine gewisse Sonderstellung auch im Bereich der Strafverfolgung etabliert, immerhin jedoch im Verantwortungsbereich der deutschen Justiz. Während der Bergbaustaatsanwalt zeitweise ein hohes Arbeitsaufkommen zu bewältigen hatte und über mehrere Außenstellen verfügte, stellte die Behörde um 1962 zugunsten der regulären Staatsanwaltschaften ihre Arbeit ein. Nach der Auflösung gelangten die Akten an die Bezirksstaatsanwaltschaft in Karl-Marx-Stadt, wurden von dort 1971 ins Staatsarchiv Dresden übernommen und 1994 an die Außenstelle Chemnitz abgegeben. Im Frühjahr 2000 begann ein Verzeichnungsprojekt – initiiert und vorbereitet von Dr. Andrea Wettmann, durchgeführt von der Historikerin Nina Krüger und anschließend von Janet Loos vom Staatsarchiv Chemnitz –, das kürzlich abgeschlossen wurde. Ergebnisse sind ein Findbuch und eine Augias-Datenbank, die auch Hinweise zur Behördengeschichte enthalten (Dienststellen, Instanzenzug, Personal).

Der Bestand umfasst nahezu tausend Strafakten vor allem aus den 1950er und frühen 1960er Jahren, häufig mit

Handakten und Gnadenheften. Entsprechend der umfassenden Zuständigkeit des Bergbaustaatsanwalts sind die Delikte sehr vielfältig: Neben dem häufig vertretenen Widerstand gegen die Staatsgewalt reicht das Spektrum von politisch motivierten Straftaten wie „Staatsverleumdung“ und „staatsgefährdender Hetze“ über Vermögensdelikte (Unterschlagung, Hehlerei, Betrug usw.) sowie Devisenvergehen bis hin zu Körperverletzung, Notzucht und verschiedenen Sexualdelikten. Sowohl für sozialhistorische Untersuchungen zur Belegschaft der Wismut als auch für kriminalitätsgeschichtliche Forschungen steht somit reiches Material bereit. Voraussetzung für die Benutzung ist allerdings eine Verkürzung der personenbezogenen Schutzfristen gemäß § 10 Abs. 4 SächsArchivG.

Überregionale Bedeutung besitzt auch der Bestand **Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaft (FBK)**. Das FBK in Bad Elster ist 1968 aus dem Institut für Kur- und Bäderwesen und physikalische Therapie hervorgegangen, das seinerseits in Forschungseinrichtungen des sächsischen Staatsbades Bad Elster und der Universität Leipzig seit 1928 seine Vorläufer hatte. Dem Ministerium für Gesundheitswesen direkt unterstellt, war das FBK für die gesamte DDR sowohl wissenschaftliche Einrichtung als auch Exekutivorgan (Leitinstitut) auf dem Gebiet des Bäderwesens. Zu seinen Aufgaben gehörten u.a. die Grundlagenforschung, die Sammlung und Verbreitung von Forschungsergebnissen, die Entwicklung und wissenschaftliche Beurteilung von Kurheilverfahren, die Erarbeitung von Richtlinien und Gutachten, die Mitwirkung bei der Planung und Organisa-

tion des Bäderwesens, die methodische Anleitung und fachliche Kontrolle der Kureinrichtungen sowie die Kooperation mit einschlägigen in- und ausländischen Partnern. Dem Institut waren weitere Einrichtungen angegliedert, u.a. die Forschungsklinik „Albert Funk“ und seit 1975 die Zentralstelle für Rheumabekämpfung der DDR.

Das heutige FBK, nach 1990 verkleinert und teils mit veränderten Aufgaben befasst, bot die nicht mehr benötigten Altunterlagen im Frühjahr 2000 dem Staatsarchiv Chemnitz zur Übernahme an. Ein Jahr später gelangte das Archivgut nach Chemnitz und wurde hier in der ersten Jahreshälfte 2002 im Rahmen eines Projektes durch die Historikerin Britta Günther verzeichnet.

Den Großteil des Bestandes bilden Akten zu verschiedenen Aspekten der Kurenplanung, Unterlagen der Zentralstelle für Rheumabekämpfung, Personalakten sowie Material zu den einzelnen Kureinrichtungen der DDR. Bis auf die Personalakten fehlt der medizinische Bereich, insbesondere die Unterlagen der Forschungsklinik. Unter dem wenigen Schriftgut, das die weit gespannte Tätigkeit des Instituts heute noch spiegelt (6,80 lfm), sind wichtige Zeugnisse der Geschichte des DDR-Gesundheitswesens.

*Dr. Nicolas Rügge
Staatsarchiv Chemnitz*

Der Bestand „Schocken-Konzern & Nachfolger“ im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz

Vor allem die neuere Veröffentlichung von Tilo Richter „Erich Mendelsohns Kaufhaus Schocken – Jüdische Kulturgeschichte in Chemnitz“ (hrsg. vom Evangelischen Forum Chemnitz, Passage-Verlag, Chemnitz 1998) und die Diskussion um die zukünftige Nutzung des Gebäudes dürften das um 1930 immerhin viertgrößte Kaufhausunternehmen Deutschlands wieder in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt haben. Das Sächsische Staatsarchiv Chemnitz verwahrt seit 1994 die Unterlagen des Schocken-Unternehmens und seiner Nachfolger, bisher jedoch in einem für Archivare wie Benutzer unbefriedigenden Erschließungs- und Erhaltungszustand. Aus diesem Grund und auch wegen des wachsenden Interesses an jüdischer Kultur- und Wirtschaftsgeschichte erfolgte eine völlige Neuerschließung des Bestandes, die im Juli 2002 mit der Erstellung eines Findbuches abgeschlossen wurde. Die während der Erschließung festgestellten unterschiedlichen Provenienzen (Schocken-Konzern, Merkur Aktiengesellschaft und Verband Sächsischer Konsumgenossenschaften – Handelsniederlassung Zwickau) zeigten einen starken funktionalen, organisatorischen und registraturnmäßigen Zusammenhang. Deshalb erfolgte keine Trennung, sondern die Bildung eines zusammengefassten Bestandes. Die oberste Gliederungsstufe der Klassifikation verdeutlicht die ermittelten unterschiedlichen Provenienzen als Ergebnis politischer und wirtschaftlicher Veränderungen. Als Bestandsbezeichnung wurde der Name des Registraturbildners gewählt, der am längsten Bestand hatte. Der Bestand „Schocken-Konzern & Nachfolger“ enthält eine Vielzahl von Unterlagen zum Wirken eines bedeutenden jüdischen Handelsunternehmens und zum Lebenswerk der Brüder Schocken bzw. Sallmann Schockens. Dazu gehören u.a. Geschäftsberichte, Dienstanweisungen, Bilanzen und die Hauszeitungen der

Schocken KGaA, die insbesondere die Firmenphilosophie des Unternehmens verdeutlichen. Aufschlussreich sind auch die Berichte zu Fragen der Geschäftsführung, die innerhalb des Unternehmens als Geschäftsberichte bezeichnet wurden. Gut dokumentiert sind ebenfalls die geschäftlichen und privaten Beziehungen zu den so genannten Anschlussgeschäften, die ihre Waren über die Zwickauer Einkaufszentrale des Schocken-Unternehmens bezogen, ansonsten aber unabhängig waren. Mit den zahlreich vorhandenen Zeitungsausschnittsammlungen, Werbeinseraten und -prospekten sowie Fotos lassen sich nicht nur die Einkaufs- und Verkaufstätigkeit sowie Werbestrategien des Schocken-Konzerns und der Merkur AG nachvollziehen, sie enthalten auch wertvolle Informationen zum aktuellen Zeitgeschehen (v.a. zu den Bereichen Politik und Wirtschaft) und zum Wettbewerbsverhalten anderer Warenhausunternehmen. Die Entwicklung des Konzerns wird auch in den Akten deutlich, in denen die Planung neuer Kaufhausbauten oder der Ausbau bereits vorhandener Gebäude dokumentiert wird. Sie enthalten u.a. Bauzeichnungen und Skizzen sowie

Schriftstücke über die Zusammenarbeit mit Erich Mendelsohn, einem der bedeutendsten Architekten der 20er und 30er Jahre in Deutschland. Er war für die Entwürfe der Kaufhausneubauten in Nürnberg, Stuttgart und Chemnitz verantwortlich. Darüber hinaus finden sich Angaben zu Gehaltszahlungen an die Angestellten, über Urlaub und soziale Leistungen (z.B. während des Wehr- oder Arbeitsdienstes im Zweiten Weltkrieg) sowie zur Aus- und Fortbildung der Lehrlinge und Angestellten des Konzerns, die einmal mehr das geschäftsdienliche und persönlichkeitsfördernde Beziehungsgefüge von Firmenleitung und Mitarbeiterkreis verdeutlichen. Der Bestand enthält weiterhin Unterlagen zur Boykottierung der Schocken-Geschäfte nach der Errichtung des nationalsozialistischen Regimes 1933 bis hin zur „Arisierung“ des Konzerns 1938/39 sowie zur Enteignung des Nachfolgeunternehmens durch den Volksentscheid in Sachsen 1946. Die genannten Dokumente umfassen vor allem den Zeitraum von 1910 bis 1945, dagegen kann gerade die Zeit der Gründung und Entwicklung des Schocken-Unternehmens in den Jahren 1901 bis 1909 nur in gerin-



Das Kaufhaus Schocken in Chemnitz kurz nach der Eröffnung 1930
StAC, 31451, Schocken, Nr. 270

gem Umfang nachgewiesen werden. Auch die bereits erwähnte Hauszeitung der Schocken KGaA ist nur unvollständig überliefert. Die im Bestand vorhandenen persönlichen Dokumente der Familie Schocken beschränken sich auf Nachlass- und Grundstücksangelegenheiten. Insgesamt bietet der Bestand dennoch

einen guten Überblick zur Organisation und zur Tätigkeit eines großen Handels- und Kaufhausunternehmens und dessen Einbindung in das aktuelle Zeitgeschehen. Darüber hinaus sind die in vielen Akteneinheiten vorkommenden Zeitungsausschnittsammlungen informative Sekundärquellen zur politischen, wirtschaftli-

chen, sozialen und kulturellen Entwicklung Deutschlands (und in geringem Umfang auch Europas) vom Anfang des 20. Jh. bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Karola Scherf
Staatsarchiv Chemnitz

Spiegelbilder von Vergessenem und Vergangenen

– Die Fotosammlung des VEB Bergbau- und Hüttenkombinat „Albert Funk“ Freiberg –

Der Freiburger Bergbau und sein Hüttenwesen waren über Jahrhunderte für die Bergstadt und ihr Umfeld von eminenter Bedeutung. Struktur und Verwaltung unterlagen einer wechselvollen Geschichte.

Nachdem es 1913 zur Stilllegung des Freiburger Bergbaus kam, wurde rund zwanzig Jahre später der Bergbau hier wieder aufgenommen. 1937 erfolgte die Gründung der Sachsen-erz Bergwerks GmbH, später AG, in welcher sich der Erzgebirgische Bergbau zu einem Großteil konzentrierte. Nach Kriegsende wurden die Freiburger Gruben und die Gruben des Brander Reviers der Industrieverwaltung 6 unterstellt. Die Verhüttungsbetriebe, welche vormals zum Oberhüttenamt bzw. zur Oberdirekti-

on der staatlichen Hütten- und Blaufarbenwerke gehörten, gliederte man der Industrieverwaltung 5 an. Später kam es zur Gründung der VVB (Z) Buntmetall, welcher die Gruben und die Verhüttungsbetriebe unterstellt wurden. Seit 1951 waren die Gruben im VEB Bleierzgruben Freiberg und die Hütten 1956 im VEB Freiburger Bleihütten vereinigt. Diese Betriebe wurden am 1. Januar 1961 im VEB Bergbau- und Hüttenkombinat „Albert Funk“ Freiberg (BHK) zusammen gefasst.

Das Kombinat, zu Blütezeiten mit ca. 12.000 Beschäftigten, war nicht nur für das Wirtschaftsleben, sondern auch für das kulturelle und gesellschaftliche Leben der Region von

tragender Bedeutung. Nach der endgültigen Stilllegung des Freiburger Bergbaus im Jahre 1969 wurde das Produktionsprofil des Kombines auf Edelmetall- und Buntmetallerzeugnisse, Sonderwerkstoffe und Sonderproduktionen (Rationalisierungsmittelbau, Konsumgüter, Baustoffe, Bandstahl, Strahlmittel u.a.) ausgerichtet. In den sechziger und siebziger Jahren wurden weitere Betriebe in das Kombinat integriert: VEB Zinnerz Altenberg, VEB Zinn- und Spatgruben Ehrenfriedersdorf, Rationalisierungsbetrieb Freiberg, Forschungsinstitut für Nichteisenmetalle, Schwefelkiesgrube Elbingerode, VEB Kühlerbau Freiberg, VEB Halbzeugwerk Auerhammer, VEB Sächsisches Metallwerk, Firma Trinks Eisenbau Freiberg, Firma Sägenbau Bieberstein, VEB Nickelhütte Aue und VEB Nickelhütte St. Egidien.

Einige dieser Betriebe wurden nach 1989 wieder selbständige Unternehmen. Aus dem Kombinat ging 1990 die Saxonia AG Metallhütten- und Verarbeitungswerke Freiberg hervor, die später in die Saxonia Standortentwicklungs- und VerwertungsgmbH umgewandelt wurde. 1993 erwarb die Rheinische Zinkgesellschaft mbH die Hütte Muldenhütten, die seitdem unter dem Namen Muldenhütten Recycling und Umwelt GmbH firmiert.

Vieles, was diese wechselvolle Geschichte und die Sächsische Bergbaulandschaft einst prägte, sogar zum Besonderen, Einmaligen machte,



Abriss des Wasserdruckwerkes am Amalgamierwerk der Hütte Halsbrücke BergAFG, BHK – FS S 1566

existiert heute oftmals nur noch fragmentarisch oder gar nicht mehr. Die Fördertürme wurden demontiert, Halden eingeebnet, viele Tagegebäude abgerissen oder umgebaut. Ganze Hüttenkomplexe sind dem Verfall preisgegeben oder wurden zu neuen Industriestandorten umfunktioniert. Das Sächsische Bergarchiv Freiberg kann sich glücklich schätzen, im Besitz einer umfangreichen Fotodokumentation zu sein, die den Bergbau unserer Region in umfassender Weise widerspiegelt.

1997 wurde die Fotosammlung des ehemaligen Bergbau- und Hüttenkombinates von der Saxonia AG an das Bergarchiv übergeben. Es handelte sich dabei um ca. 19.000 Negative und Dias, 1.000 Glasplatten, 4.000 Fotoabzüge, zwei 35-mm-Lauffilme und diverse Fotoalben. Das Material war provisorisch in Kartons und Karteikästen verpackt, ohne jegliche Ablieferungslisten und teilweise völlig ungeordnet, praktisch also nicht benutzbar.

Im Rahmen eines Projektes erfolgte 1998 durch zwei ehemalige Mitarbeiter des BHK und versierte Kenner des Betriebes eine Grobordnung, Beschriftung und teilweise Auflistung des Bestandes. Im Juli 2000 wurde mit der Erschließung des Bestandes begonnen und dazu im Vor-

feld eine entsprechende Klassifikation auf der Basis der Betriebsstruktur des ehemaligen BHK und seiner Vorgänger erarbeitet. Die Verzeichnung erfolgte nach Bär'schem Prinzip mittels AUGIAS. Die Eingabemaske wurde entsprechend den speziellen Erfordernissen des Bestandes leicht verändert. Aus lagerungstechnischen und Erhaltungsgründen (unterschiedliche Größen und Materialien der Sammlung) wurde eine Clusterliste aufgestellt. Aufgrund der Vielzahl der Fotos, Dias etc. wurde bei der Titelbildung schematisch im Telegrammstil vorgegangen, um eine bessere Übersichtlichkeit im Findbuch zu erzielen. Teilweise erwies sich eine Präzisierung des Titels mittels näherer Beschreibung als erforderlich.

Im Zuge der Verzeichnung erfolgte auch eine Bewertung der Sammlung. Doppelstücke und Mehrfachaufnahmen gleicher Motive wurden kassiert. Bei Personenfotos wurde entsprechend der archivischen Vorgaben für die Bewertung von Personalunterlagen verfahren. Porträts von Führungskräften und Fotos von Personen mit den Anfangsbuchstaben der Familiennamen T, R, O, G wurden aufbewahrt. Stark beschädigte Aufnahmen (v.a. Glasplatten) wurden für die Benutzung gesperrt. Mittlerweile

sind die Glasplatten des Bestandes bereits verfilmt. Eine Verfilmung des Gesamtbestandes wäre sehr wünschenswert.

Da die Klassifizierung der Sammlung sehr detailliert ist, wurde auf die Erarbeitung eines Indexes verzichtet. Im Ergebnis der Erschließung konnte ein 305seitiges Findbuch erstellt werden.

Die Fotosammlung dokumentiert in umfassender Weise Bergbau und Hüttenwesen im Zuständigkeitsbereich des Bergbau- und Hüttenkombinates und seiner Vorgänger, also die wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse einer ganzen Region von ca. 1920 bis in die Nachwendezeit. Besonders wertvoll sind die Aufnahmen von Objekten, welche heute nicht mehr existieren, wie z.B. das Amalgamierwerk in Halsbrücke oder andere Gebäude und Anlagen der Hüttenwerke, demontierte Fördergerüste und nicht mehr existierende bergmännische Tagegebäude.

*Claudia Thiel
Bergarchiv Freiberg*

Glasplatten als Zeugnisse deutsch-afrikanischer Kolonialgeschichte im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden

Die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Mächten war bereits in vollem Gange, als auch in Deutschland das Interesse an Kolonien erwachte. Die deutschen Begehrlichkeiten richteten sich vor allem auf den Südwesten des Kontinents, aber auch auf Ostafrika. Deutsche Handelsfirmen waren schon seit 1847 in Ostafrika vertreten – vor allem im Sultanat Sansibar. Durch den Abschluss von juristisch zweifelhaften „Verträgen“ und unter Anwendung von brutalen Methoden brachte die Deutsch-Ost-Afrikanische Gesellschaft (DOAG) weite Teile des Kü-

tenhinterlandes unter ihre Kontrolle. Nach Abschluss der Berliner Konferenz im Februar 1885 stellte der Kaiser einen Schutzbrief für alle Gebiete aus, die von der DOAG erworben worden waren.

Die Kolonialzeit in Deutsch-Ostafrika wurde von mehreren Aufständen geprägt. In den Jahren 1905 bis 1907 rüttelte der Maji-Maji-Aufstand an den Grundfesten der Kolonialmacht. Der Maji-Maji-Aufstand begann als Protestbewegung der Wamatumbi, die im südlichen Hochland siedelten. Am Beginn des Konfliktes stand der Plan der

Kolonialverwaltung, auf dem Hochplateau Baumwolle anzubauen, um die Einnahmen der Kolonialadministration zu steigern. In seinen Resultaten war der Plan verheerend. Das Einflussgebiet der Wamatumbi war sehr dicht besiedelt. Zur Versorgung mit Nahrungsmitteln hatten sich hochspezialisierte Anbaumethoden herausgebildet. Trotzdem gab es in Abständen immer wieder Hunger- und Dürreperioden. Um diesen Widrigkeiten besser begegnen zu können, hatten sich komplexe Formen der Patronage und des Tributes herauskristallisiert. Durch die deutschen



Hohe Kolonialoffiziere bei einem Appell
HStADD, 11727, Fa. Schubert, Zittau, Nr. 132, A 2448

Kolonialbeamten wurden diese sozialen Sicherungssysteme als Sklaverei fehlgedeutet und verboten. Statt dessen sollten die Wamatumbi zu Zwangsarbeit auf den Baumwoll-Plantagen herangezogen werden. Die Folgen waren dramatisch. Die Felder konnten nicht bestellt werden, es kam zu erheblichen Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung. Namensgebend für den Maji-Maji-Aufstandes war das Wasser (maji), wobei eine Vermengung von Bedeutungsinhalten zu beobachten war. Am Beginn reflektierte der Begriff vor allem die ökologischen Schwierigkeiten, später erhielt er magisch-militärische Bedeutung. Eine Prophezeiung besagte, wer das maji trinken würde, der sei gegen die Kugeln der Deutschen gefeit. An dieser Stelle kann nicht die Wirkung des Maji-Maji-Aufstandes in voller Länge rekapituliert werden. Kurz nach der Niederschlagung des Aufstandes organisierte die deutsche Kolonialverwaltung unter der Lei-

tung des Kolonialstaatssekretärs Dernburg eine Reise in die Kolonie. Daran nahmen auch mehrere deutsche Unternehmer teil, unter ihnen der Zittauer Textilfabrikant Dr. Hermann Schubert. Die Firma Hermann Schubert war 1862 von Schuberts Vater Hermann Theodor als kleine Lohnfärberei in Zittau gegründet worden. Mit der Aufstellung des ersten Dampfkessels begann 1870 der Übergang zur fabrikmäßigen Fertigung und zum industriellen Aufschwung. 1885 wurde die Mercerisation (Garnveredlung) eingeführt, 1891 die Copsfärberei erfunden und 1904 eine Zwirnerie und Nähfadefabrik gegründet. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erlangte die Firma Hermann Schubert eine führende Stellung auf dem Weltmarkt für Nähfaden. 1907/08 kam es zur Gründung einer böhmischen Niederlassung in Hrádek (Grottau), wo wie in Zittau Zwirne und Nähgarne produziert wurden und Bleiche, Färberei und

Mercerisation als Nebenbetriebe bestanden.

Mit der Teilnahme an der Deutsch-Ostafrika-Reise verband Schubert eine Vielzahl von Absichten. In erster Linie waren dies Public Relations-Ziele („Das Bewusstsein, uns einen Namen machen zu müssen mit Mitteln, die nicht zu viel kosteten.“). Durch die erwartete Berichterstattung in den deutschen Medien (an der Reise nahmen drei Pressevertreter teil) sollte kostengünstig ein hoher Werbeeffect erzielt werden. Weiterhin spielten touristische Wünsche eine Rolle. Ihrer Befriedigung dienten Safaris, Besuche afrikanischer Dörfer und Krokodiljagden. Nicht zuletzt ging es aber auch um geschäftliche Interessen. Ende 1907 gründete die Firma Hermann Schubert in Zusammenarbeit mit den kaiserlichen Kolonialbehörden eine Baumwollpflanzung in Deutsch-Ostafrika. Dazu wurden 2.000 ha Land gepachtet. Diese Gründung sollte der Firma eine günstige Belieferung mit Baumwolle sichern. Unter anderem wegen ungenügender Erfahrungen im Anbau von Baumwolle in tropischen Gebieten arbeitete die Pflanzung aber mit Verlust und ging im Weltkrieg schließlich verloren, als die deutschen Kolonialgebiete von den Entente-Mächten besetzt wurden. Während seiner Reise nach Deutsch-Ostafrika hat Hermann Schubert zahlreiche Fotos aufgenommen, z.T. wohl aber auch vor Ort gekauft. 74 Fotoplatten sind heute im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden im Bestand der Firma Hermann Schubert, 11727, überliefert. Diese Fotos korrespondieren mit einer ähnlichen Überlieferung im Bestand Leipziger Baumwollspinnerei im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, da die Leipziger Baumwollspinnerei ebenfalls Baumwollplantagen in Deutsch-Ostafrika unterhielt.

Die Fotoplatten im Bestand Hermann Schubert sind unlängst mit Unterstützung des Instituts für Afrikanistik der Universität Leipzig erschlossen worden. Dabei ist insbesondere Prof. Dr. Adam Jones zu danken. Die Fotomotive sind meist touristischer Art: Es

finden sich Kokospalmen, Bananenstauden, eine Zebraherde und Landschaftsaufnahmen aus der fahrenden Ugandabahn heraus; es gibt aber auch Bilder, die tieferen Einblick in die kolonialen Verhältnisse und in die Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung geben.

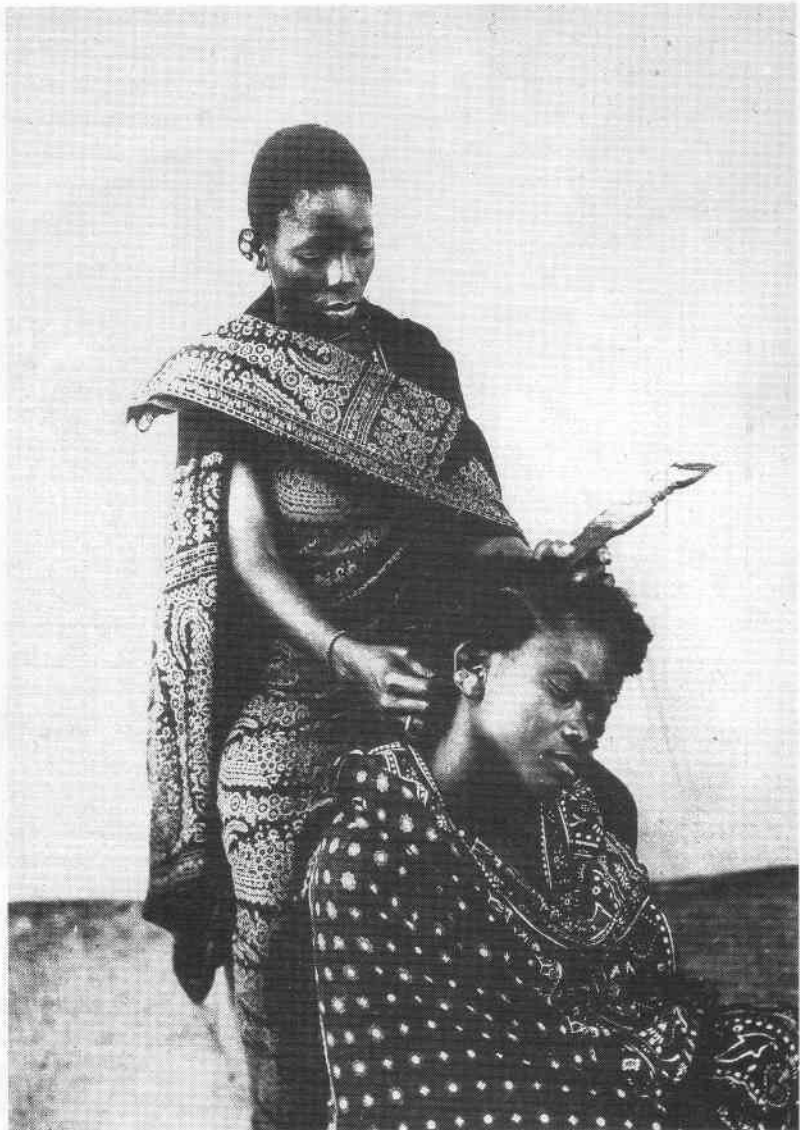
Fotoplaten sind Informationsträger, die eine sehr behutsame Behandlung erfordern. Sie sollten stehend in mehrlaschigen Falthüllen aus PAT-getestetem Spezialpapier aufbewahrt werden. Die Klimawerte sollten 18 – 20°C Temperatur und 40 – 55% Luftfeuchtigkeit betragen. Bei ungenügenden klimatischen Bedingungen löst sich die Gelatineschicht von der Glasplatte oder erleidet Schäden durch Schimmelbildung. Das Bildsilber reagiert chemisch mit vielen Substanzen (z.B. mit dem Salz des Handschweißes), wobei im Bild Flecken oder Verfärbungen entstehen. Um Schäden bei der Benutzung zu vermeiden, wurden die Fotoplaten des Bestandes Hermann Schubert daher verfilmt und sind als Filmkopien benutzbar.

*Steffen Lehmann
Universität Leipzig*

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Starthilfe für einen Reichsgrafen. Aus dem Archiv der Familie von Lehndorff auf Steinort

„Bei einer Reise aber sollen sie alles fleißig besehen, in Acht nehmen und sonderlich des Zustandes eines jeden Landes, wie nämlich es regiert wird, worin dessen Einkünfte und Macht bestehet sich erkundigen, auch in den Städten und allen Örtern herumgehen und alles zu besichtigen sich nicht träge oder nachlässig erweisen.“ (StAL, FA von Lehndorff, Nr. 197). Determinierung eines Lebenswegs mit einem sorgsam durchdachten Erziehungs- und Bildungsplan für einen jungen Adelsspross, auf dass er „in Erlernung und Annehmung aller seinem Stand wohl anstehenden



Zwei Frauen beim Frisieren
SächsHStADD, 11727, Fa. Schubert, Zittau, Nr. 132, A 2491

Wissenschaften und Tugenden erwachse und künftig dem Vaterlande nützen und seinem Geschlecht zur Ehre leben möge.“ (ebd.).

Für Ahasverus Gerhard von Lehndorff und seinen Cousin bedeutete diese von seinem Onkel Jonas Casimir zu Eulenburg im Mai des Jahres 1652 schriftlich fixierte „Instruktion“ zu einer mehrjährigen Bildungs- und Erziehungsreise durch Europa eine Starthilfe ins gräfliche Leben. Die beiden Sechzehnjährigen wurden mit einem Hofmeister zunächst für zwei Jahre von Preußen ins benachbarte Polen geschickt. Sie bereisten dann außer Italien, Frankreich, England und den Niederlanden ausgiebig auch

die deutschen Lande, studierten an den führenden Universitäten der jeweiligen Länder und waren eingefügt in die – herrschaftlichen – Lebensabläufe in den unterschiedlichen europäischen Staaten. Auf diese Weise wurden Persönlichkeiten geformt und auf Pflichten vorbereitet, die sie in führenden Positionen im Staats- und Militärleben, im regionalen Verwaltungs- und Öffentlichkeitsbereich und im Familienverbund zu erfüllen hatten. Gehorsam wurde dem ebenfalls in den „Instruktionen“ festgelegten Wunsch des erziehungsbeauftragten Onkels nach regelmäßiger brieflicher Information und auch sonstiger schriftlicher Notierung des Erlebten entsprochen.

Diese Schriftstücke von Ahasverus Gerhard von Lehndorff, die von seinen Nachkommen mit Sorgfalt aufbewahrt wurden, sind wesentlicher Teil des kürzlich im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig für die wissenschaftliche Nutzung erschlossenen Bestands „Familienarchiv von Lehndorff“. Der schriftliche Nachlass war 1966 über das Kreismuseum Döbeln aus der Burg Kriebstein an das Staatsarchiv Leipzig gekommen. Er enthält Familieunterlagen, die seit dem 17. Jahrhundert auf dem Lehndorffschen Stammsitz im ostpreußischen Groß-Steinort am Großen Mauersee im Regierungsbezirk Gumbinnen gesammelt worden sind.

Der 1637 geborene Ahasverus Gerhard von Lehndorff erlangte Ruhm als Feldherr und Diplomat und wurde von Kaiser Leopold 1687 in den Reichsgrafenstand erhoben. Während sich die militärische Laufbahn mit hohen Offiziersrängen über Ahasverus Gerhards Sohn, den Oberstleutnant Ernst Ahasverus, dessen Enkel Carl Ludwig, der sich in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813 Verdienste erwarb, und wiederum dessen Sohn Carl Meinhardt, den Präfekten der Somme 1870/71, fortsetzte, sorgte der einzige Reichsgraf auf Steinort ohne militärische Karriere, Ahasverus Heinrich, durch die Kunst des Schreibens für die bleibende Erinnerung seines Namens: Als Kammerherr der preußischen Königin Elisabeth Christine begann er 1750 Tagebücher zu führen und schenkte mit seinen scharf beobachteten Detailschilderungen der Nachwelt ein authentisches Sittenbild seiner Zeit, besonders vom Königshof Friedrichs II. Ein Teil der Tagebücher ist Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem Französischen übersetzt und veröffentlicht worden. Von den damals mit achtzehn angegebenen und bislang verschollenen Original-Tagebüchern brachten die Erschließungsarbeiten im Staatsarchiv Leipzig jetzt vier wieder ans Licht, zwei davon aus der Kammerherrenzeit am preußischen Königshof.

Das Gros der Unterlagen stammt aus dem 17. bis 19. Jahrhundert. Überliefert sind schriftliche Zeugnisse aus allen Lebensbereichen, von Urkunden der Herrscher bis zu Dokumenten aus dem Alltagsleben.

Der bei der Übernahme völlig ungeordnete Bestand (ca. 6 lfm), der Unterlagen in neun Sprachen enthält, wurde mit großem Aufwand erschlossen. Dabei bot sich eine intensive thematische Erschließung an. Das Findbuch ist nach Aktivitäten der Familienmitglieder im Staats- und Militärbereich, in der regionalen Verwaltung und Öffentlichkeit, im eigenen gutswirtschaftlichen Herrschaftsbereich und im familiären Bereich gegliedert. Die neu formierten Akten wurden – soweit das der Grad ihrer durch Schimmelbefall mitunter stark beeinträchtigten substantiellen Erhaltung zuließ – chronologisch geordnet und in die thematische Gliederung einsortiert. Dem Findbuch beigelegt sind die genealogische Stammtafel des Adelsgeschlechts von Lehndorff auf Steinort, Karten, eine Zeichnung des Familienwappens und ein Register. Weitere Unterlagen der Familie bewahren das Staatsarchiv Olsztyn (Allenstein) und die Ossolineum-Bibliothek in Wroclaw (Breslau) auf.

*Dietlind Gentsch
Staatsarchiv Leipzig*

Akten unterwegs in Sachsen: Archivalien vom Hauptstaatsarchiv Dresden ins Staatsarchiv Chemnitz verlagert

Vom 14. Mai bis zum 12. Juni 2002 rollten wöchentlich an zwei aufeinander folgenden Tagen große Lastwagen einer Chemnitzer Umzugsfirma, voll gepackt mit Archivalien vom Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden nach Chemnitz. In zehn Transporten wurden insgesamt ca. 4.000 laufende Meter Archivgut verlagert. Aufgrund der aufwändigen Verpackungs- und Räumarbeiten trafen die Laster häufig erst nach

Dienstschluss im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz ein. Aus Sicherheitsgründen mussten wenigstens die Container noch in die Magazine gebracht werden. Zu Spätschichten eingeteilte Kollegen und Kolleginnen bedienten den Lastenaufzug und überwachten das Einräumen. Während am nächsten Morgen ein Trupp Möbelpacker nach Dresden fuhr, um die nächsten Archivalien zu verladen, machte sich in Chemnitz ein anderer daran, die Aktenkartons ordnungsgemäß in die Regale einzulagern, damit die Gänge am Abend wieder frei waren für neue Container.

Wozu nun aber diese Archivalienverlagerung in großem Stil vom einen zum anderen sächsischen Staatsarchiv? Kurz gesagt: Die seit dem beginnenden 20. Jahrhundert immer wieder diskutierte und mit der Einrichtung des Staatsarchivs Leipzig 1954 auch partiell verwirklichte Regionalisierung des sächsischen staatlichen Archivwesens findet hiermit ihren Abschluss. Chemnitz, das erst 1987 gegründete jüngste sächsische Staatsarchiv, nahm nach der Wende 1990 zunächst die noch in Behörden, Gerichten, Wirtschaftsbetrieben sowie bei Parteien und Organisationen lagernden Archivalien auf, und aufgrund seiner Zuständigkeit übernimmt es die seither entstandenen archivwürdigen Unterlagen der Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen im Regierungsbezirk Chemnitz. Ein Erlass des Innenministeriums vom 23. August 1999 legte in Bezug auf die historischen Unterlagen u.a. fest, dass sich „die Zuordnung des Archivguts zu den Archiven nach der regionalen Gliederung der Staatsverwaltung ... in ihren historischen Grenzen und dem Standortprinzip“ richte. Dem Staatsarchiv Chemnitz wurden damit die in den Gebieten des Erzgebirgischen und Vogtländischen Kreises sowie der Kreisdirektion Zwickau bzw. der Kreishauptmannschaften Zwickau und Chemnitz entstandenen Unterlagen zugeordnet.

Nach grundsätzlicher Klärung der Standortfrage durch ein 2001 erstelltes externes Gutachten konnte noch im Herbst eine weitere Magazinfläche von 550 qm angemietet und mit einer modernen Rollregalanlage ausgestattet werden (vgl. Sächsisches Archivblatt 1/2002, S. 14). Damit war man in der Lage, diesen Erlass schrittweise umzusetzen. Nunmehr

ist also der Großteil der Überlieferung der lokalen und regionalen staatlichen Behörden zur Geschichte Südwestsachsens vom Mittelalter bis zur Gegenwart an einem Ort konzentriert. Für die Benutzer aus dem westlichen und mittleren Erzgebirge, dem Vogtland und der Chemnitzer Region ergeben sich dadurch große Vorteile, können sie diese histori-

schen Dokumente doch wohnortnah einsehen.

Die Beständeverlagerung soll im 1. Halbjahr 2003 zum Abschluss gebracht werden. Bis dahin muss ein Teil der Archivalien weiterhin im Hauptstaatsarchiv Dresden eingesehen, müssen Anfragen an dieses gerichtet werden.

Daher nun ein grober Überblick über die noch in Dresden verbliebenen Unterlagen:

- Behörden und Einrichtungen bis 1831: Kultus und Unterricht (= Superintendenturen)
- Behörden und Einrichtungen 1831 – 1945: Polizeibehörden, Haftanstalten, Gesundheitsbehörden, Heil- und Wohlfahrtsanstalten, Bildungseinrichtungen, Bezirksschulämter, Steuer- und Zollverwaltung, geistliche Aufsichtsbehörden (= Kircheninspektionen), Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau, Landgericht Plauen, Gewerbeaufsichtsamt Zwickau, Statistisches Amt Annaberg
- Behörden und Einrichtungen des Deutschen Reiches: Finanzämter, Zollämter, Reichsbauamt Plauen, Reichsvermögensamt Chemnitz
- Behörden und Einrichtungen 1945 – 1952: Kreistage/Kreisräte

Ebenfalls im Hauptstaatsarchiv Dresden verblieben folgende Bestände sog. Lagerungsgemeinschaften: Amtsgerichte Plauen, Hartenstein, Lengenfeld und Markneukirchen; v.a. Vorakten der Amtshauptmannschaften Oelsnitz/V. und Plauen sowie die Alte Amtshauptmannschaft Niederforchheim. Dadurch ist die Überlieferung zu Ämtern und Grundherrschaften v.a. des Vogtlandes vorerst noch zersplittert, befinden sich doch die provenienzreinen Ämter- und Grundherrschaftsbestände in Chemnitz.

Wie man an dieser Negativliste sieht, sind jedoch die Bestände der wichtigsten Justiz- und Verwaltungsbehörden, d.h. der Amtshauptmannschaften und Amtsgerichte sowie der Grundherrschaften, bereits ins Staatsarchiv Chemnitz gelangt.

Zum Schluss noch ein Ausblick: Erfreulicherweise war bereits nach wenigen Wochen eine Zunahme der Besucher des Chemnitzer Staatsarchivs wie auch der Anfragen zu verzeichnen, die zeigen, welch großes Interesse an diesen Archivalien besteht. Hieraus ergeben sich jedoch neue räumliche und personelle Probleme. Abgesehen von den fehlenden Magazinflächen droht der Benutzer-

raum aus den Nähten zu platzen. Es ist daher dringend erforderlich, die derzeit laufenden Prüfungen zur künftigen Unterbringung des Staatsarchivs Chemnitz zu forcieren und eine dauerhafte fachgerechte räumliche Lösung zu erzielen. Mehr Akten, das zeigt bereits der Anstieg der direkten Benutzungen und der Anfragen, verursachen indes auch mehr Arbeit, und das in allen Geschäftsbe-

reichen. Mit den derzeitigen Personalressourcen wird das Staatsarchiv Chemnitz die gewachsenen Aufgaben nicht auf Dauer mit der erwünschten Schnelligkeit und in der erforderlichen Qualität bewältigen können.

*Dr. Annegret Wenz-Haubfleisch
Staatsarchiv Chemnitz*

11. Sächsischer Archivtag/7. Sächsisch-Bayerisches Archivarstreffen 14. – 16. Juni 2002 in Bautzen

Vom 14. bis 16. Juni 2002 fand in Bautzen der 11. Sächsische Archivtag in Verbindung mit dem 7. Sächsisch-Bayerischen Archivarstreffen statt. Die Fachtagung, zu der der Landesverband sächsischer Archivarinnen und Archivare, das Sächsische Staatsministerium des Innern, die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, die Stadt Bautzen und der Landkreis Bautzen eingeladen hatten, stand unter dem Thema

„Überlieferungsbildung an der Schwelle des 21. Jahrhunderts – Aktuelle Probleme der Bewertung“. Damit wurde ein ständig aktuelles Thema aufgegriffen, was die Teilnehmerzahl von 124 Archivarinnen und Archivaren bestätigte.

Am Freitag, den 14. Juni 2002, fanden Führungen in den Archiven vor Ort statt. Im anschließenden Abendvortrag vermittelte die Leiterin des Archivverbundes Bautzen, Grit Richter-Laugwitz, einen interessanten Überblick über die wechselvolle Geschichte der 1000jährigen Stadt.

Der Vorsitzende des Landesverbandes sächsischer Archivarinnen und Archivare, Raymond Plache, eröffnete am Samstag, dem 15. Juni 2002, den 11. Sächsischen Archivtag und das 7. Sächsisch-Bayerische Archivartreffen. Unter Betonung der Besonderheiten der Oberlausitz verwies er auf die Notwendigkeit, die Archivvielfalt und damit die kulturelle Mannigfaltigkeit in der Region zu sichern und zu pflegen.

Es schlossen sich die Grußworte des Staatsministers des Innern, Horst Rasch, des stellvertretenden Generaldirektors der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Bodo Uhl, von Landrat Michael Harig, von Oberbürgermeister Christian Schramm sowie das Grußwort des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Prof. Dr. Volker Wahl, an. Sie unterstrichen die zentrale Funktion der Archive für Verwaltung, Wissenschaft und Forschung. Trotz der knappen öffentlichen Kassen müssen die Archive ihrem verfassungsmäßigen Auftrag, Kulturgut zu sichern, nachkommen. Denn nur ein „gutes Gedächtnis“ ermögliche es späteren Generationen, ein genaues Bild der Wirklichkeit zu zeichnen. Staatsminister Rasch verglich die Arbeit der Archivare mit der Arbeit eines impressionistischen Malers: Die Archivare setzen mit der Überlieferungsbildung viele einzelne Punkte, die von künftigen Betrachtern zu einem Bild zusammengesetzt werden müssen. Oberbürgermeister Schramm verwies darauf, dass ohne Archive keine Stadtjubiläen begangen werden könnten und schloss somit den Kreis zu dem Veranstaltungsrahmen, in dem die Fachtagung stattfand – die 1000-Jahr-Feier der Stadt Bautzen.

Das erste Referat der 1. Arbeitssitzung, die von Dr. Andrea Wettmann (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden) geleitet wurde, hielt Dr. Margit Ksoll-Marcon (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). Sie stellte die Frage nach „Neue(n) Wege(n) in der archivischen Bewertung“. Grundsätzlich ist der Bewertungsprozess – sowohl für konven-



Eröffnung durch Raymond Plache

1. Reihe v.l.n.r.: Horst Rasch, Dr. Jürgen Rainer Wolf, Dr. Bodo Uhl, Michael Harig, Christian Schramm, Prof. Dr. Volker Wahl

Foto: Eberhard Schmitt, Bautzen

tionelle als auch für elektronische Unterlagen – so zu organisieren, dass nur wirklich archivwürdige Unterlagen in die Archive übernommen werden. Der personal- und zeitintensiven Nachbewertung muss v.a. durch eine funktionierende Schriftgutverwaltung in den anbieterpflichtigen Stellen vorgebeugt werden. Eine gut organisierte Schriftgutverwaltung ist außerdem Voraussetzung für Bewertungsmodelle, in denen ganze Aktenplanpositionen von der Bewertung ausgenommen werden können.

Birgit Horn (Stadtarchiv Leipzig) stellte anschließend die „Behördliche Schriftgutverwaltung und archivische Bewertungspraxis am Beispiel der Stadt Leipzig“ vor. Aus den zahlreichen Ämtern der Stadt, den Stadtbetrieben sowie von den anderen anbieterpflichtigen Stellen wurden 50 Einrichtungen ausgewählt, von denen Akten übernommen werden. Dort werden die Akten im Entstehungszusammenhang bewertet (Bewertungsmodelle, Listenbewertung). Die Registraturbildner werden an der Erarbeitung der Bewertungsmodelle beteiligt.

Dr. Thekla Kluttig (Sächsisches Staatsministerium des Innern) begann ihr Referat mit der hilfreichen

definitiven Abgrenzung von maschinenlesbaren Daten, elektronischen und digitalen Unterlagen sowie IT-Verfahren. Sie betonte die Pflicht der Archive, sich rechtzeitig in den Verwaltungsprozess und die damit in Zusammenhang stehenden Änderungen in der Schriftgutverwaltung einzubringen. Anders könne der gesetzlichen Pflicht zur Archivierung nicht nachgekommen werden. Grundsätzlich erfolgt die Bewertung unabhängig vom Datenträger; bewertet wird primär die darauf enthaltene Information. Erst in einem zweiten Schritt ist der Datenträger (Pergament, Papier, Diskette) allein unter bestandserhaltenden Gesichtspunkten zu bewerten. D.h. zur Bewertung elektronischer Unterlagen werden keine vertiefenden IT-Kenntnisse benötigt. Bei der Behördenberatung hinsichtlich der Einführung elektronischer Schriftgutverwaltungsprogramme und der Übernahme und Erhaltung der elektronischen Unterlagen ist die Fachkenntnis der Informatiker zu Rate zu ziehen. Anschließend stellte Frau Dr. Kluttig das Bewertungsmodell für die Unterlagen der Arbeitsverwaltung vor und demonstrierte anschaulich, wie sich konventionelle und elektronische

Unterlagen in der Überlieferung ergänzen können.

Fortgesetzt wurde die Fachtagung mit der zweiten Arbeitssitzung unter der Leitung von Dr. Bodo Uhl (Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns). Stephan Luther (Universitätsarchiv Chemnitz) widmete sich dem „Problem Massenakten. Zwischen Aufbewahrung, Kassation und Selektion“ aus der Sicht eines Universitätsarchivs. Nach einem Problemaufriss, der Definition von Massenakten und Analyse des Quellenwertes und der gesetzlichen Rahmenbedingungen setzte er sich mit der aktuellen Bewertungsdiskussion auseinander. Abschließend entwickelte er ein Bewertungsmodell für Studentenakten.

Dr. Brigitte Huber (Stadtarchiv München) stellte „Informationsorientiertes Sammeln und das neue Konzept der Münchner Stadtchronik“ als Grundlage ihrer Arbeit als Stadtchronistin vor. Zu festgelegten Rahmenthemen werden Zeitungsausschnitte, Berichte aus dem Internet, Plakate etc. gesammelt. Diese thematisch geordneten Sammlungen existieren unabhängig von den archivischen Sammlungen des Stadtarchivs. Ziel der Stadtchronik ist es, das Alltagsleben der bayerischen Landeshauptstadt abzubilden.

In seinen Schlussbemerkungen dankte Herr Plache allen an der Veranstaltung aktiv Beteiligten, v.a. dem Ortsausschuss sowie natürlich den Sponsoren und Ausstellern.

Auf der anschließenden Mitgliederversammlung legte der im letzten Jahr gewählte Vorstand des Landesverbandes sächsischer Archivarinnen und Archivare über seine bisherige Arbeit Rechenschaft ab und stellte Arbeitsschwerpunkte vor.

Der 11. Sächsische Archivtag und das 7. Sächsisch-Bayerische Archivartreffen wurden am Sonntag mit Führungen durch verschiedene Ausstellungen der Rahmenausstellung „Zwischen den Zeiten“ beschlossen.

Als besonderes Highlight kann der Besuch der Ausstellung „Welt – Macht – Geist. Das Haus Habsburg in der Oberlausitz 1526 bis 1635“ in Zittau gelten. Die Exkursion führte die Teilnehmer u.a. auch nach Herrnhut, dem Zentrum der Herrnhuter Brüder-Gemeine.

*Grit Richter-Laugwitz
Archivverbund Bautzen*

*Raymond Plache
Bergarchiv Freiberg*

*Yvonne Gerlach
Staatsministerium des Innern*

„Archive als Lern- und Erlebniswelt“. Archivpädagogische Arbeit im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig

„Weggehen – Ankommen. Migration in der Geschichte“ so lautet das Thema des diesjährigen Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten. Der Preis soll Schüler motivieren, sich mit Geschichte auseinander zu setzen. Die grundsätzlich sehr offen angelegten Themen lassen eine kreative Bearbeitung durch die Schüler zu, die ihre Arbeit meist als Gruppenprojekt einreichen und dabei auch viel Freizeit opfern.

In Zusammenarbeit mit der Körberstiftung veranstaltete das Staatsarchiv Leipzig einen Workshop, zu dem am 15. Oktober 2002 zahlreiche Lehrer aus ganz Sachsen und den angrenzenden Bundesländern kamen. In Kooperation mit dem benachbarten Institut für Länderkunde und der Leipziger Werkstatt für Schulgeschichte bereitete der Workshop motivierte Lehrer darauf vor, ihre Schüler für eine Teilnahme zu gewinnen und sie dabei ergebnisorientiert zu unterstützen.

Den Lehrern wurde zunächst Aufbau und Struktur des deutschen Archivwesens erklärt und im Rahmen eines kleinen Vademecums gezeigt, wie man Archive effektiv nutzen kann. Es folgten dann Vortrags- und Berichtsmodule, in denen das facettenreiche Thema Migration an einigen Beispielen näher vorgestellt wurde –

so die Amerikaauswanderung im 19./20. Jahrhundert, die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Schwerpunkt Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone am Beispiel Sachsens, die Gastarbeitermigration in der Bundesrepublik sowie das Thema „Ausländische Vertragsarbeiter in der DDR am Beispiel Leipziger Betriebe“. Zu jedem Thema wurden die historischen Fakten genannt und die aktuelle Forschungsdiskussion skizziert. Im Vordergrund stand aber, welche archivischen Quellen heranzuziehen sind und wie sie von Schülern ausgewertet werden können. Am Nachmittag arbeiteten die Lehrer dann selbst in verschiedenen Arbeitsgruppen mit archivischen Quellen und testeten sozusagen deren Verwertbarkeit im Unterricht.

Die Veranstaltung stellt den vorläufigen Höhepunkt der archivpädagogischen Arbeit des Staatsarchivs Leipzig dar. Im November vergangenen Jahres hatte das Staatsarchiv Leipzig den Kontakt zum Regionalschulamt Leipzig aufgenommen, um Lehrer und Schüler an Archive heranzuführen. Im Rahmen einer Veranstaltung für die Fachberater Geschichte stellen wir die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit zwischen Schule und Archiv vor. Am Beispiel eines Films aus der NS-Zeit demonstrierten wir den Einsatz archivischer Quellen anhand eines Unterrichtsmodells.

Archivpädagogik ist nicht nur historische Bildungsarbeit. Gerade in der multimedialen Gesellschaft mit ihrem schnellen Informationszugriff und zugleich ihrem Ablenkungspotenzial können sich Archive als eine geheimnisvoll andersartige Welt präsentieren. Sie können Interesse wecken, sich aktiv mit einer Sache zu beschäftigen, sich Geschichte zu erarbeiten und eigenen Ursprüngen nachzugehen, in einer Zeit fundamentaler Umbrüche – ein für viele Menschen existenzielles Bedürfnis. So besuchten Schüler des Leipziger Brockhaus-Gymnasiums Ende Mai unser Haus. Am Anfang stand eine Archivbesichtigung. Dabei zeigte sich wie so oft, dass gerade auf Schü-

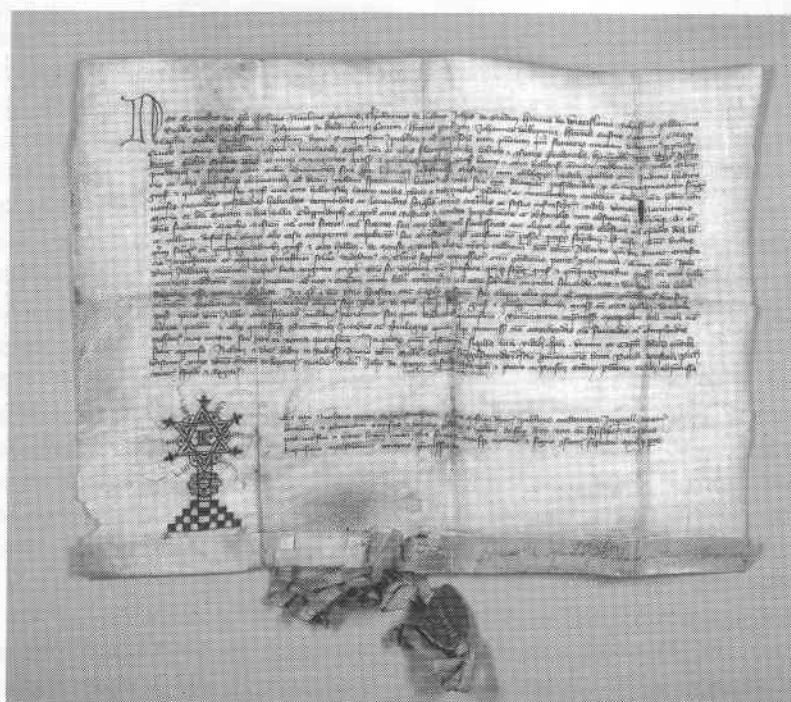
ler eine mittelalterliche Pergamenturkunde mit Wachssiegel, handcolorierte Karten und Akten in Sütterlinschrift per se reizvoll wirken, obwohl sie ohne Hilfe überhaupt nicht gelesen und verstanden werden können. In der Zeit des World-Wide-Web geht aber von ihnen ein anziehender Reiz des Andersartigen aus. Einige Unterlagen aus dem Bestand Brockhaus-Verlag, der im Staatsarchiv Leipzig verwahrt wird, wurden speziell für die Schüler unter bestimmten Fragestellungen ausgewählt. Die Schüler wurden gefordert, Texte zu lesen, Inhalte zu strukturieren und darüber zu reflektieren – Fertigkeiten, die laut der Pisa-Studie bei deutschen Schülern entwicklungsfähig sind. So mussten sie Verlagsprogramme auswerten, Lexika verschiedener Erscheinungsjahre miteinander vergleichen und das System von Brockhaus beschreiben, in einer Zeit ohne Telefon und Fax Fachwissen von den Universitäten systematisch abzurufen, in komprimierter Form verständlich zu machen und regelmäßig zu aktualisieren. Dieses zu Anfang des 19. Jahrhunderts entstandene innovative Netzwerk sollten die Schüler dann mit dem Internet und seinen Möglichkeiten, Wissen abzurufen, vergleichen. Im Anschluss wurde über die „Wissensgesellschaft“ diskutiert. Die Beschäftigung mit Brockhaus schärfte natürlich auch die Identität der Jugendlichen, Schüler des Brockhaus-Gymnasiums zu sein und in der Stadt zu leben, in der dieses Unternehmen seinen Anfang gefunden hat. Weiteres Ergebnis unseres archivpädagogischen Engagements ist ein Workshop des Regionalschulamtes zur Industrialisierung.

Dr. Hans-Christian Herrmann
Staatsarchiv Leipzig

Wertvolle Dokumente für Sachsen gesichert

Die Sächsische Archivverwaltung hat beim Germanischen Nationalmuseum Nürnberg in diesem Jahr erstmals sächsische Archivalien angekauft. In das seit 1852 bestehende Nationalmuseum waren die sächsischen Archivalien – ebenso wie Archivgut aus anderen Regionen Deutschlands – überwiegend durch Schenkung gelangt. Das Museum, das mit der Reichsgründung von 1871 offiziell zum Nationalmuseum deutscher Kunst und Kultur geworden war, betrieb eine deutschlandweite Sammelpolitik. Im Zuge einer Neuausrichtung seiner Sammlungen und nach entsprechenden Provenienzanalysen bietet das Nationalmuseum seit den 1970er Jahren deutschen Landesarchivverwaltungen und Kommunalarchiven den Ankauf von Akten und Einzelschriftstücken ihrer Sprengel an. Nach 1990 nahmen auch Archivverwaltungen der Neuen Bundesländer dieses Angebot an, darunter die Sächsische Archivverwaltung.

Bei den angekauften Stücken handelt es sich um insgesamt 39 Urkunden, Schreiben, Quittungen und Briefe aus der Zeit vom 14. bis zum 19. Jahrhundert. Die älteste Urkunde datiert von 1362 und gibt Auskunft über die Verleihung von Einkünften an den Domprobst zu Meißen. Aus einer Urkunde des Jahres 1426 geht die Übernahme der Herrschaft Wildenstein durch die sächsischen Kurfürsten hervor. Unter den angekauften Stücken befinden sich Quittungen bekannter Dresdner Künstler aus dem frühen 19. Jahrhundert sowie Briefe sächsischer Soldaten aus dem Schleswig-Holsteinischen Krieg von 1849. Zu den Kuriosa zu rechnen sind Schreiben aus den Jahren 1718/19, in denen der kurfürstliche Pirsch- und Wildmeister zu Altdresden, Ernst Balthasar Schäfer, aufgefordert wurde, einen Brunfhirsch zu schießen, den man für die Zubereitung von Arzneien benötigte. Die Dokumente werden gemäß ihrer Provenienz an die zuständigen Staatsarchive weitergeleitet und stehen in Kürze für die Benutzer zur Verfügung.



Verleihung von Renten in Klappendorf (südlich von Lommatzsch) an Albrecht Knut, Probst der Domkirche zu Meißen, 1362 Juli 1
HStADD, 10001, Ältere Urkunden, O.U. 3692a

Bereits im vergangenen Jahr erwarb die Sächsische Archivverwaltung außerdem mehrere bedeutsame Dokumente im Antiquariatshandel. Dabei handelte es sich um zwei Briefe der Louise von Toskana aus den Jahren 1904/05, um 75 Militärgerichtsurteile sächsischer Regimenter aus der Zeit des Nordischen Kriegs 1713 – 1718 sowie um ein Gerichtsbuch der Gemeinde Johnsbach (Weiberitzkreis) aus den Jahren 1600 – 1696.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Das Brockhaus-Lexikon. Würdigung des Firmengründers F. A. Brockhaus im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig

Aus Anlass des 230. Geburtstages des Verlegers Friedrich Arnold Brockhaus präsentierte das Staatsarchiv Leipzig eine kleine aussagekräftige Ausstellung im Foyer.

F. A. Brockhaus wurde am 4. Mai 1772 in Dortmund geboren. Sein Vater führte ein Materialwarengeschäft und bestimmte seinen zweiten Sohn Friedrich Arnold ebenfalls für den Kaufmannsstand. Mit der Stadt Leipzig kam Brockhaus das erste Mal 1793/1794 in Berührung. Seinen wissenschaftlichen und literarischen Neigungen folgend, besuchte er an der Universität Vorlesungen der allgemeinen Wissenschaften und der neueren Sprachen.

Nach Dortmund zurückgekehrt, widmete sich F. A. Brockhaus dem Handel mit englischen Manufakturwaren. 1802 siedelte er nach Amsterdam über. Die Warengeschäfte brachten jedoch nicht den erhofften Erfolg und so beschloss Brockhaus 1805, sich dem Handel mit Büchern, Kunst und Musikalien zu widmen. Der Verlag F. A. Brockhaus war begründet. Nach dem Tode seiner ersten Frau 1809, die bei der Geburt des siebten Kindes starb, kehrte er 1810 nach Deutschland zurück. Vorerst ließ er sich in Altenburg nieder,

bevor er 1817 in die Metropole des deutschen Buchhandels übersiedelte. Damit hatte sich ein Verlag in Leipzig niedergelassen, dessen verlegerische Tradition bis heute in der Stadt Leipzig weiterlebt.

Brockhaus erwarb 1818 das Bürgerrecht in Leipzig und ging sogleich an die Verwirklichung eines langgehegten Planes – der Errichtung einer eigenen Druckerei.

1821 kaufte F. A. Brockhaus ein Grundstück in der Querstraße, ließ den Besitz erweitern und verlegte sein Unternehmen und seine Wohnung dorthin. Damit gehörte er zu den Initiatoren des sich im Laufe des 19. Jh. herausbildenden „Graphischen Viertels“.

Seine Haupttätigkeit widmete Brockhaus dem „Conversations-Lexikon“. Auf der Herbstmesse des Jahres 1808 hatte Brockhaus einen Vertragsabschluss getätigt, der zum Grundstein der Firma F. A. Brockhaus wurde. Für eine Kaufsumme von 1.800 Talern erwarb er die Rechte des 1796 begründeten Konversationslexikons und legte damit die Grundlage für den späteren weltbekannten „Großen Brockhaus“. In der Zeit seiner Verlagstätigkeit führte Brockhaus das Konversationslexikon bis zur 5. Auflage. Daneben erschienen kritisch-literarische Zeitungen wie „Hermes“, biographische Sammelwerke wie „Zeitgenossen“, das „Literarische Wochenblatt“ oder das „Leipziger Kunstblatt“. Zudem gab das Unternehmen auch zahlreiche andere Publikationen, Taschenbücher, Reiseliteratur und Nachschlagewerke heraus. Bereits um das Jahr 1820 gab es nur wenige deutsche Schriftsteller, die nicht mit Brockhaus in Verbindung standen. Bedeutende Autoren dieser Zeit waren u.a. Arthur Schopenhauer, Varnhagen von Ense, Therese Huber, Lorenz Oken und Georg Raumer. Unerwartet früh verstarb F. A. Brockhaus am 21. August 1823. Mit seinem Tode hatte der deutsche Buchhandel einen Geschäftsmann verloren, der mit einer betont liberalen Gesinnung auftrat und der sich mit seinem Verlagsprogramm für die Verbreitung von Kultur und Bildung

für alle Bevölkerungsschichten einsetzte. Nicht nur einmal kam er im Kampf gegen die Pressezensur und den Nachdruck mit Gesetzen und Behörden in Konflikt.

Brockhaus hinterließ eine Firma, die 1823 bereits 100 Beschäftigte hatte. Seine Söhne Friedrich und Heinrich setzten sein verlegerisches Werk fort. Auch die folgenden Generationen behielten das Unternehmen in Familienhand.

Der Zweite Weltkrieg ging auch an diesem Welthaus des deutschen Verlagswesens nicht spurlos vorüber. In der Nacht zum 4. Dezember 1943 wurde ein Großteil der Gebäude des Verlages zerstört, die kostbare Bibliothek ging vollständig verloren, bedeutende Archivdokumente verbrannten. In den Jahren nach 1945 konnte der Wiederaufbau beginnen.

Die überlieferten Unterlagen des Verlages F. A. Brockhaus wie auch des späteren VEB F. A. Brockhaus aus dem Zeitraum 1805 – 1990 werden heute im Staatsarchiv Leipzig verwahrt und bilden eine wichtige Grundlage zur Erforschung der deutschen Buchhandels- und Verlagsgeschichte. Bedeutende Dokumente, wie z.B. Verlagsverzeichnisse, Prospekte, Manuskripte, Autorenkorrespondenz, Autographen, Fotos sowie frühe Lexika-Ausgaben können den historischen Werdegang des Verlages in Leipzig veranschaulichen und damit einen Beitrag zum anstehenden 200jährigen Verlagsjubiläum im Jahre 2005 leisten.

*Marion Bähr
Staatsarchiv Leipzig*

Wissenschaftliches Kolloquium „Das Gedächtnis der Region: Museen, Bibliotheken und Archive in Leipzig“ am 1. Juni 2002

Unter diesem programmatischen Thema führte der Leipziger Geschichtsverein e.V. erstmalig Vertreter von Bibliotheken, Museen und Archiven in Leipzig mit der interessierten Öffentlichkeit der Messestadt

in einem wissenschaftlichen Kolloquium zusammen. In der Veranstaltung wurde über Vielschichtigkeit und Spezifik der verwandten Einrichtungen in einem großen kulturellen Raum informiert. Museen, Bibliotheken und Archive verwahren nicht nur umfangreiche Bestände, die ein über Jahrhunderte gewachsenes kulturelles Potenzial bilden und unersetzliche Werte verkörpern, sondern die Leipziger Kultureinrichtungen sind auch auf dem Wege, sich in der modernen Informationsgesellschaft neuen Anforderungen zu stellen, die an Informationsdienstleister herangetragen werden.

Noch in seiner Amtszeit hatte Herr Staatsminister a.D. Prof. Dr. Joachim Meyer das Eröffnungsreferat übernommen und er war auch nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt seiner Zusage treu geblieben. In einem historisch angelegten Exkurs referierte er über kulturelles Bewusstsein und den Wandel im Geschichtsbild in einem weitgesteckten Bogen von der Antike bis zur Gegenwart. Die Notwendigkeit des historischen Gedächtnisses eines Staates, das die Bibliotheken, Museen und Archive verkörpern und pflegen, hervorhebend, wünschte er den kulturellen Einrichtungen für die Zukunft eine erfolgreiche Arbeit.

Die Vormittagssitzung behandelte den Themenkomplex „Bewahren und Erschließen“. Sie stand unter der Moderation von Prof. Dr. Katharina Flügel (HTWK). Zunächst hatte Dr. Claus Deimel (Museum für Völkerkunde) die Einführung in die Gesamthematik des Kolloquiums übernommen, bevor die Referenten das Wort erhielten. Während sich Dr. Eva-Maria Hoyer (Museum für Kunsthandwerk) mit Problemen der Sanierung des Grassimuseums befasste, stellte Dr. Ekkehard Henschke (Universitätsbibliothek Leipzig) den modernen Bau der wiedererstandenen Universitätsbibliothek in Leipzig sowie Erschließungsfragen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Ingrid Grohmann (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig) legte den

Schwerpunkt der Ausführungen auf den Problembereich der Bestandserhaltung der Informationsträger, der generell für Archive besonders wichtig ist, weil die Unterlagen durch vielerlei Faktoren bedingt bereits geschädigt in die Archive gelangen, aber einmalige historische Zeugnisse darstellen, die auf Dauer zu erhalten sind. Da das Ausmaß der Schädigungen bereits besorgniserregend fortgeschritten sei und nicht mehr präventiv oder durch Gegenmaßnahmen in den Staatsarchiven isoliert behoben werden kann, liegen konzeptionelle Planungen der sächsischen Archivverwaltung zur Einrichtung einer zentralen Werkstatt für Restaurierung und Verfilmung in Wernsdorf vor, die komplex und synergetisch auf die Bewältigung des Verfalls der Unterlagen zielen.

Die zweite Sektionssitzung „Vermittlung und öffentliche Wahrnehmung“ am Nachmittag moderierte Prof. Dr. Thomas Topfstedt (Universität Leipzig). In diesem Block bewegten sich die Themen übergreifend im Rahmen von Vermittlung und Wahrnehmung der Archiv-, Bibliotheken- und Museenlandschaft durch die Öffentlichkeit, einem breiten Feld, in dem ebenfalls Desiderate zu verzeichnen, aber auch Positiva zu vermelden waren. Steffen Poser (Stadtgeschichtliches Museum/Völkerschlachtdenkmal) berichtete über Museen als moderne Tourismusfaktoren im geeinten Europa, was sich für sein Haus besonders anbietet, waren doch eine große Zahl europäischer Staaten an den Napoleonischen Kriegen 1805 – 1814 beteiligt. Über die Verbindung von Dienstleistung und Erwerbspolitik reflektierte Herr Mannschatz (Stadtbibliothek Leipzig). Er sah im sinkenden Ankaufsetat der Bibliotheken vom eigenen Berufsstand ungewollte Leistungseinschränkungen, die sich im Rückgang der Zahlen von Besuchern und Entleihungen bereits nachweisen lassen und in Zukunft mit negativen Folgen für den Universitäts- und Wissenschaftsstandort Leipzig verbunden sein dürften. Dr. Petra Listewnik (Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V.) betonte

den überproportionalen Anteil an Arbeitsleistungen ihrer Einrichtung für die Öffentlichkeitsarbeit, zu dem eine privat finanzierte Einrichtung aus Akzeptanzgründen stärker gezwungen sei als andere.

Mit einer sich anschließenden Podiumsdiskussion schloss die ganztägige Veranstaltung. Sie wurde von Dr. Volker Rodekamp (Stadtgeschichtliches Museum) geleitet und von Dr. E. Fontana (Universität Leipzig/ Musikinstrumentenmuseum), Dr. Hans-Werner Schmidt (Museum der bildenden Künste), Dr. Henschke und Ingrid Grohmann mitbestritten und sie führte zu einem lebendigen Dialog mit dem Zuhörerkreis. Im Mittelpunkt standen zahlreiche positive Veränderungen in den letzten 10 Jahren in allen Einrichtungen, insbesondere bei der baulichen Substanz und der Aussicht auf weitere neue oder sanierte Gebäude mit verbesserten Lagerungs- und Nutzungsbedingungen (Bildermuseum) in absehbarer Zeit. Eigene Forschungsvorhaben wurden ebenso vorgestellt wie gemeinsame Forschungsprojekte begrüßt, z.B. die Ausstellung zur Erinnerung an den 17. Juni 1953, zu der sich für die Präsentation in Leipzig 2003 mehrere Einrichtungen in einem Kooperationsprojekt zusammengeschlossen haben. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Rahmen der „Museumsnächte“ oder den „Tagen der Archive“ sollten unter gemeinsamem Auftreten in Leipzig fortgeführt werden, sehen sich doch Bibliotheken, Museen und Archive als Dienstleistungseinrichtungen, die den Inhalt ihrer Institutionen aktiv nach außen vermitteln. Einigkeit bestand auch zu der durch staatliche Archive und Bibliotheken für Bestandserhaltungsmaßnahmen einzurichtenden Zentralwerkstatt in Wernsdorf. Auf der IT-Strecke wurden die Vernetzung der Leipziger Einrichtungen und ihre Internetpräsentation für wünschenswert erachtet. Die Vorsitzende des Leipziger Geschichtsvereins, Dr. Beate Berger (Stadtarchiv) stellte abschließend einen Erfolg des Kolloquiums fest und resümierte über das ideelle Zu-

sammengehören von Bibliotheken, Museen und Archiven und ihrer Bestände als kulturelles Gedächtnis der Region. Kultureinrichtungen könnten nicht nur als Kostenfaktoren ihrer Träger, sondern müssten auch als unverzichtbare Glieder einer funktionierenden Gesellschaft gesehen werden.

*Ingrid Grohmann
Staatsarchiv Leipzig*

COMMA-Redakteure tagten in Dresden

Im Jahr 2001 fusionierten die vom Internationalen Archivrat (ICA) herausgegebenen Zeitschriften ARCHIVUM und JANUS sowie die Veröffentlichungen der CITRA (Conférence internationale de la Table ronde des Archives) zu COMMA. Diese Fusion war nicht nur begründet durch den Zwang zu einem sparsamen Umgang mit den Finanzmitteln, sondern drückt zugleich die Neuausrichtung der Publikationstätigkeit des ICA aus. Im Zeitalter des Internet können bestimmte Informationen über elektronische Medien rascher, kostengünsti-

ger vermittelt und breiter gestreut werden als über die traditionellen Papiermedien. Dort, wo Informationen weiterhin gedruckt werden sollen, ist nunmehr COMMA das einzige ICA-Periodikum. Dabei knüpft die neue Zeitschrift an die Inhalte von ARCHIVUM und JANUS an und veröffentlicht sowohl Berichte von Kommissionen, Sektionen und Komitees des ICA als auch Fachbeiträge und Forschungsergebnisse aus der internationalen Archivwelt.

Etwas ungewöhnlich ist sicher der Titel der neuen Zeitschrift, verbindet sich mit ihm doch eher die Assoziation einer Literaturzeitschrift als einer Archivfachpublikation. Die Entscheidung für COMMA fiel, weil bewusst ein neues Layout und ein neuer Titel für die Zeitschrift gesucht wurde und nicht einer der alten Titel übernommen werden sollte. COMMA steht in den Sprachen der Welt für „Pause“ – es soll eine Denkpause sein zur Reflexion theoretischer und praktischer Probleme des Archivwesens.

Der internationale Charakter von COMMA bringt es mit sich, dass das Herausgeberkollegium über die ganze Welt verstreut ist. Archivare aus Afrika, Amerika, Asien, Australien

und Europa sind vertreten. Die Chefredaktion liegt bei Nancy Bartlett von der Bentley Historical Library, University of Michigan. Für Deutschland arbeiten Lothar Saupe (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) und Jörg Ludwig in der Redaktion mit.

Die breite geographische Streuung des Herausgeberkollegiums erfordert, dass die Arbeit häufig per e-mail organisiert wird. Daneben gibt es regionale oder zentrale Arbeitsbesprechungen. Auf Einladung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern fand am 16. April 2002 in Dresden eine regionale Redaktions-sitzung des COMMA unter Beteiligung von Nancy Bartlett, Teresa Brinati (beide USA), Anna Svenson (Schweden), Lothar Saupe und Jörg Ludwig statt. Schwerpunkt der Besprechung war die Vorbereitung eines „Mitteleuropa“-Bandes von COMMA anlässlich des Internationalen Archivtages in Wien 2004.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

REZENSIONEN/ANNOTATIONEN

Anette Hipp, Schutz von Kulturgütern in Deutschland, Walter de Gruyter, Berlin, New York 2000, geb., 446 Seiten, ISBN 3-11-016877-4

Das Thema Kulturgutschutz ist angesichts einer nach wie vor unbefriedigenden Rechtslage in Deutschland, prominenter Einzelfälle, wie der Ausfuhrgenehmigung für die sog. Waldseemüller-Karte in die Vereinigten Staaten und der Auflösung der Fürstenbergsammlungen in Baden-Württemberg, sowie nicht zuletzt der Gefährdung und den Verlusten von Kulturgütern durch die Hochwasser-

katastrophe im Sommer 2002 so aktuell wie nie.

Annette Hipp stellt in ihrer Dissertation den Kulturgutschutz in Deutschland in den Mittelpunkt und behandelt systematisch alle Regelungs-bereiche, angefangen mit einigen Begriffsbestimmungen und einem historischen Überblick im 1. und 2. Kapitel ihrer Arbeit. Im 3. Kapitel wendet sie sich den zivilrechtlichen Problemen des illegalen Handels mit Kulturgut zu. Dabei handelt es sich um Rechtsfragen, die viele Experten, insbesondere seit dem sog. Hamburger-Stadtsiegel-Fall, Gesetzesänderungen anmahnen lassen. Das 4.

Kapitel behandelt den Kulturgutschutz in der Europäischen Gemeinschaft und hierbei insbesondere die seit 1992 ergangenen Rechtssetzungsakte. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildet das 5. und letzte Kapitel. In diesem widmet sich Annette Hipp der Umsetzung der Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft in deutsches Recht sowie Reformüberlegungen.

In diesem letzten Kapitel greift Hipp ein Thema auf, das von besonderem Interesse für staatliche und kommunale Kultureinrichtungen ist, nämlich die Frage des Schutzes öffentlichen Kulturgutes nach bestehender

Rechtslage. Ausgehend von den Feststellungen im sog. Hamburger-Stadtsiegel-Fall stellt sie Überlegungen an, die auf eine Verbesserung des zivilrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Schutzes dieser Kulturgüter abzielen, und fordert wie viele andere Experten entsprechende Gesetzesänderungen. Hervorzuheben ist des Weiteren ihre ausführliche Recherche und Darstellung einiger nicht so bekannter Einzelfälle im 3. Kapitel, in denen jeweils um die Herausgabe von Kulturgüter gestritten wurde.

Aus archivischer Sicht ist ein wenig Kritik an der Berücksichtigung und Beschreibung von Archiven als Kultureinrichtungen angebracht. Insbesondere die Aufgabenbeschreibung auf S. 41 ff. und die Auswahl der näher dargestellten Stiftungen und Institute wird der vielfältigen Archivalandschaft von privaten über staatlichen, kommunalen und kirchlichen Archiven nicht gerecht. Die Antwort auf die Frage, warum unter der Überschrift „Archive“ neben dem Deutschen Literaturarchiv und dem Schiller-Nationalmuseum ausschließlich Film-Sammlungen ausführliche Erwähnung finden, bleibt die Autorin schuldig.

Insgesamt handelt es sich aber um eine empfehlenswerte Arbeit, die das Kulturgutschutzrecht erstmals umfassend und angesichts seiner Komplexität auch verständlich behandelt.

Silke Birk
Staatsministerium des Innern

Siegfried Büttner, Robert Kretzschmar, Rainer Stahl-schmidt, Der archivische Umgang mit großen Fallaktenserien. Bericht der Arbeitsgruppe „Archivierung großer Fallaktenserien“ der Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg, Institut für Archivwissenschaft, Nr. 34), Marburg 2001, brosch., 89 Seiten, ISBN 3-92383367-9

Wie aus dem Untertitel zu ersehen, publiziert der Band die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe, die sich im Auftrag der Konferenz der Archivreferenten bzw. Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (ARK) seit 1995 mit dem Problem der Archivierung großer Fallaktenserien, der so genannten Massentakten, beschäftigt hat.

Im Zentrum der Betrachtung steht die Fallaktenserie als Ganzes, die sich durch eine große Zahl gleichförmiger und seriell geordneter Akten auszeichnet. In Anlehnung an eine sozialwissenschaftliche Terminologie (Bick/Müller 1984) trennen die Autoren bei ihrer Analyse drei Dimensionen: erstens das in den einschlägigen Vorschriften formulierte „Programm“, zweitens die hiervon betroffenen Personen oder Objekte und drittens die Ausführenden. Hinsichtlich jeder Dimension besitzt die Fallaktenserie eine bestimmte Aussagekraft, wobei das Maß der „Abbildtreue“ gegenüber den vergangenen gesellschaftlichen Vorgängen weniger in der einzelnen Akte als der Gesamtserie zu suchen ist. Besonders wichtig erscheint der Hinweis auf die verborgenen, „latenten“ Inhalte, die sich weder aus dem „Programm“ ergeben noch vom bewertenden Archivar ohne weiteres zu erkennen sind. Oft gewinnen bekanntlich erst spätere Forschergenerationen den Unterlagen überraschende Erkenntnisse ab.

Die Schrift bietet nun eine eingehende systematische Handreichung, die sich immer wieder anschaulich auf Beispiele bezieht. Am Beginn stehen die Abgrenzung der Fallaktenserie und die Gewinnung ergänzender Informationen. Anschließend werden die drei Dimensionen des Verwaltungshandelns näher vorgestellt. Nach der Analyse der „Abbildtreue“ folgen Ratschläge zur archivischen Bewertung, die auch die gegebenen Rahmenbedingungen sowie Aspekte der Erhaltung, Ordnung und Benutzung umfassend mit einbeziehen. Erst nach der „Wertentscheidung, die gut begründet und deshalb nur in Ausnahmefällen positiv ist“ (Büttner,

S. 4), stellt sich die Frage nach möglichen Auswahlverfahren. Diese werden schließlich mit ihren spezifischen Vor- und Nachteilen kurz und prägnant vorgestellt. Gegenüber dem Zufalls-„Sampling“ nehmen die Autoren eine auffällig kritische Haltung ein, da sich die statistisch notwendige Größe der Stichprobe nur von vordefinierten Merkmalen ableiten lasse, nicht aber von einer (auswertungs-) offenen Datengesamtheit, erst recht nicht von den „latenten Inhalten“. Insgesamt werden Ausschnitte nach konkreten sachlichen, räumlichen und zeitlichen Gesichtspunkten wegen ihrer höheren inneren Konsistenz den rein formalen Verfahren einschließlich der Buchstabenauswahl vorgezogen.

Ein beigegefügter Arbeitsbogen stellt die potenziell zu beachtenden Aspekte in Kurzform zusammen – als „Maximalliste“ verstanden, wird auch er allen, die mit der Bewertung, Erschließung und Nutzung großer Fallaktenserien befasst sind, eine wertvolle Arbeitshilfe sein. „Die Klugheit, mit den angebotenen Anregungen umzugehen, und den Mut zum Entscheiden muss jeder selbst hinzutun.“ (Büttner, S. 5)

Dr. Nicolas Rügge
Staatsarchiv Chemnitz

Sachsen in der NS-Zeit, hrsg. von Clemens Vollnhals, Kiepenheuer Verlag, Leipzig 2002, brosch., 288 Seiten, ISBN 3-378-01057-6

Der Herausgeber konstatiert am Beginn des vorliegenden Sammelbandes einen seit 1990 wesentlich verbesserten Wissensstand zur sächsischen Landesgeschichte im 20. Jahrhundert, verweist aber zugleich speziell zur NS-Zeit auf noch bestehende erhebliche Lücken, deren Ursachen nicht zuletzt in der im Vergleich zu anderen Regionen defizitären Quellenlage liegen. Für den als Überblicksdarstellung für ein breiteres Publikum konzipierten Band konnte eine Reihe jüngerer Historiker vor allem der Universität

Leipzig und des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung an der TU Dresden gewonnen werden.

Einleitend befasst sich der Herausgeber mit dem Aufstieg der NSDAP in Sachsen und betont die besondere Ausprägung der gesellschaftlichen Spannungen im Freistaat. Neben den Auswirkungen der spezifischen Industriestruktur hebt er die politische und organisatorische Schwäche der bürgerlichen Parteien als den Aufstieg der NSDAP befördernder Faktor hervor.

Andreas Wagner problematisiert die mangelnde Abgrenzung von Partei und Staat nach 1933 und zeigt die Wechselwirkungen dieses Dualismus auf. Als Spezifikum für Sachsen erscheint die in vielen Bereichen fast unumschränkte Alleinherrschaft des Gauleiters Mutschmann, der zugleich auch Reichsstatthalter und Ministerpräsident war.

Silke Schumann konzentriert sich bei ihrer Darstellung zur sozialen Lage der Bevölkerung und zur NS-Sozialpolitik insbesondere auf die Arbeiter und Angestellten, wobei die dazu vorhandenen und für andere soziale Gruppen noch größer erscheinenden Forschungsdesiderate sichtbar werden. Einen entscheidenden Faktor für die Gestaltung der Lebensverhältnisse, die wirtschaftliche Entwicklung, untersucht Michael C. Schneider. Auch hier sind einige bisher kaum oder nicht bearbeitete Problemfelder zu erkennen, wie etwa die ökonomischen Auswirkungen der Judenverfolgung oder die Veränderung der Wirtschaftsstrukturen durch rüstungsorientierte bzw. kriegsbedingte Eingriffe.

Die sich in einem widersprüchlichen Prozess vollziehende Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung zwischen 1933 und 1945 beleuchtet punktuell Gunda Ulbricht. Thomas Schaarschmidt verdeutlicht am Beispiel des „Heimatwerks Sachsen“ die Ausrichtung der Kulturpolitik an den Zielen des NS-Regimes, wobei er auf die spezielle Ausprägung des Kulturbegriffs der sächsischen Staatsführung und die daraus resultierenden

Besonderheiten hinweist. Die zunehmende Instrumentalisierung der sächsischen Hochschulen für die nationalsozialistische Ideologie untersucht Michael Parak.

Mit der Rolle der Kirchen in Sachsen in der NS-Zeit befassen sich die Beiträge von Georg Wilhelm und Birgit Mitzscherlich. Sie erörtern sowohl für die evangelisch-lutherische Landeskirche als auch das katholische Bistum Meißen vor allem das Verhältnis zum Staat, nur für erstere auch die innerkirchlichen Konflikte.

Opfer des NS-Regimes und Verfolgungsmechanismen stehen im Mittelpunkt von vier weiteren Beiträgen. Winfried Süß befasst sich im Rahmen der Gesundheitspolitik mit den Euthanasieopfern und betont für Sachsen eine besondere Radikalität entsprechender Maßnahmen. Carsten Schreiber beleuchtet den Verfolgungsapparat im NS-Staat und umreißt das weitgefächerte Spektrum der Opfergruppen. Mike Schmeitzner konzentriert sich auf die Verfolgung der politischen Gegner des NS-Systems, Steffen Held auf die der jüdischen Bevölkerung. Abschließend skizziert Rainer Behring die Situation in Sachsen zum Kriegsende 1945 und Norbert Haase gibt einen Überblick über Gedenkstätten und historische Orte, die für die Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft von Bedeutung sind.

Die im Band zusammengefassten Beiträge beleuchten mit unterschiedlicher Intensität sehr verschiedene Problemkreise der NS-Geschichte in Sachsen. Dabei konnte es weniger um abschließende Darstellungen gehen als um punktuelle Erhellungen noch weitgehend unerforschter historischer Ereignisse und Zusammenhänge. Dabei Anregungen für weiterführende Forschungen zu geben, ist ein wichtiges Verdienst der vorliegenden Publikation.

*Dr. Volker Jäger
Staatsministerium des Innern*

Katrin Keller, Kleinstädte in Kursachsen. Wandlungen einer Städtelandschaft zwischen Dreißigjährigem Krieg und Industrialisierung (Städteforschung, Reihe A: Darstellungen, Bd. 55), Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2001, geb., 477 Seiten, ISBN 3-412-11300-X

Kleinstädte gelten den Einen als verschlafene Gemeinwesen, in denen jeder jeden kennt, wo eine umfassende Sozialkontrolle stattfindet und wo sich Neuerungen nur gegen große Widerstände durchsetzen. Anderen sind sie als Orte ländlicher Idylle, als Bewahranstalten regionaler Traditionen und als Wohnstatt fern der großstädtischen Hektik lieb und teuer. Diese Sichtweisen sind stark durch Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts beeinflusst, als durch rasanten Bevölkerungsbewegungen Groß- und Megastädte entstanden, deren Tempo und Lebensstil sich erheblich von ländlichen Regionen unterscheiden. Ist es aber gerechtfertigt, die Kleinstädte des 17. und 18. Jahrhunderts mit dem Maß des 19. und 20. Jahrhunderts zu messen?

Mit ihrer Habilitationsschrift möchte die Historikerin Katrin Keller die an Metropolen-Maßstäben ausgerichtete Wahrnehmung kleinstädtischer Geschichte überwinden: Auch Kleinstädte waren von der gesamteuropäischen Tendenz der Urbanisierung erfasst; ihre Entwicklung verlief bei weitem nicht so undynamisch wie oft angenommen wird. Als Untersuchungsgebiet dient Kursachsen, „weil die kursächsische Städtelandschaft stets durch eine große Zahl kleiner und sehr kleiner Städte charakterisiert war“ (9). Die Herkunft von Katrin Keller aus Leipzig und langjährige Forschungserfahrungen auf dem Gebiet der sächsischen Geschichte dürften natürlich auch eine Rolle gespielt haben.

Im ersten Hauptteil der Untersuchung arbeitet Keller zunächst Elemente städtischer und kleinstädtischer Qualität heraus und beschreibt dann die kursächsische Städtelandschaft im 18. Jahrhundert und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Auf der Basis von

Daten, die von sächsischen Zentralbehörden in den Jahren 1699 und 1811 erhoben wurden, zeichnet sie allgemeine Trends der städtischen Entwicklung nach. Um ein differenzierteres Bild zu erhalten, werden anhand wirtschaftlicher Kriterien dann drei Stadttypen herausgearbeitet und miteinander verglichen – Ackerbürgerstädte, Exportgewerbestädte und Bergstädte. Freilich bleibt ein beträchtlicher Rest von Städten, die wegen ihrer wirtschaftlichen Mischstruktur keinem dieser Typen zuzuordnen sind. Nicht besonders überzeugend erscheint die Typbildung „Bergstadt“, wenn man die relativ geringe und immer weiter schwindende Bedeutung des Bergbaus in zahlreichen Erzgebirgsstädten berücksichtigt.

Bei der Bevölkerungsentwicklung zwischen 1699 und 1811 zeigt sich, dass die kleineren Städte, mit einer Einwohnerzahl unter 2.500 Einwohnern, und die großen, die mehr als 5.000 Einwohner zählten, das stärkste Wachstum erlebten. Von Stagnation ist bei den Kleinstädten in dieser Zeit also wenig zu verspüren. Hervorzuheben ist, dass die sächsischen Exportgewerbestädte den stärksten demographischen Aufschwung genommen haben; dies zeigt die große Bedeutung der Exportunternehmen für das Land.

Im zweiten Hauptteil vertieft die Studie die bislang gewonnenen Erkenntnisse. Dazu werden vier Beispielstädte untersucht, die den drei herausgearbeiteten Stadttypen sowie den Städten mit wirtschaftlicher Mischstruktur entsprechen. Es sind dies Aue (Bergstadt), Delitzsch (Mischstruktur), Frohburg (Exportgewerbestadt) und Schildau (Ackerbürgerstadt). Die Städteauswahl hängt natürlich auch mit der Überlieferungssituation zusammen, denn gerade bei kleineren Kommunen ist die archivistische Überlieferung oft gestört. Die Quellenbasis umfasst Unterlagen städtischer Provenienz im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig (Bestände Stadt Delitzsch, Stadt Schildau und Rittergut Frohburg), im Kreisarchiv Aue-Schwarzenberg

(Stadt Aue) sowie im Stadtarchiv Frohburg. Sie wird ergänzt durch Unterlagen insbesondere aus dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden.

Auf breiter Quellenbasis wendet sich Katrin Keller der demographischen Entwicklung, den sozialen Strukturen, dem wirtschaftlichen Wandel, der Entwicklung von Verwaltung und Kultur der Beispielstädte zu. Unter souveräner Beherrschung des sozialhistorischen Handwerkszeugs kommt sie zu zahlreichen neuen Erkenntnissen. Dies betrifft z.B. die soziale Polarisierung in den Städten, die vergleichsweise geringe Restriktivität sächsischer Zünfte gegenüber dem Landhandwerk und die fortschreitende Einbindung städtischer Verwaltungen in die landesherrliche Administration, mit welcher nicht etwa bloß ein Bedeutungsverlust städtischer Entscheidungsfreiheit verbunden war.

Insgesamt zeigt sich, dass die sächsischen Kleinstädte, insbesondere im 18. Jahrhundert, eine dynamische Entwicklung genommen haben. Ihr demographisches und wirtschaftliches Wachstum war ein wesentlicher Beitrag für die Urbanisierung Sachsens. Es war somit auch den Kleinstädten zu verdanken, dass sich die sächsische Städtelandschaft im 18. Jahrhundert erheblich von anderen deutschen Gebieten unterschied, wo die Urbanisierung eher stagnierte.

Es bleibt zu wünschen, dass die von Katrin Keller vorgelegte Habilitationsschrift, insbesondere die stadteschichtliche Forschung in Sachsen, anregen möge, sich der Entwicklung in anderen – nicht nur kleinen – Städten zuzuwenden. Die staatlichen und kommunalen Archive Sachsens bieten dazu reichhaltiges Material.

*Dr. Jörg Ludwig
Staatsministerium des Innern*

Winfrid Halder, „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945 – 1948, Schöningh-Verlag, Paderborn 2001, geb., 638 Seiten, ISBN 3-506-73909-3

Der Titel der o. g. Publikation macht neugierig. „Modell für Deutschland“ – steht für die Absicht, von KPD- und SED-Funktionären in Sachsen als industriellem Kernland der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die Überlegenheit der Planwirtschaft eindrucksvoll zu beweisen und sozusagen ihr Meisterstück abzuliefern. Das Modell scheiterte jedoch. Den verantwortlichen Wirtschaftsplanern aus den Reihen der KPD und späteren SED und insbesondere auch Fritz Selbmann als sächsischem Wirtschaftsminister fehlten Wissen und Erfahrung. Sie konnten sie auch nicht sammeln, weil sie im Konzentrationslager der NS-Vernichtungsmaschinerie ums Überleben kämpfen mussten. Moskau-Emigranten begleiteten im Übrigen keines der Wirtschaftsressorts in den Ländern bzw. Provinzen der SBZ, das Niveau der Schulungen wird von Halder kritisch hinterfragt, fehlten doch ökonomisch-praktische Handlungsleitlinien.

Erschwerend kommt hinzu, was bisher nach Ansicht des Autors zu wenig beachtet wurde, dass auch die Besatzungsmacht ihre über 20 Jahre alten Erfahrungen in der Wirtschaftslenkung nicht zur Verfügung stellte. Die sowjetische Besatzungspolitik war gerade in den ersten Nachkriegsjahren einseitig auf Reparationsinteressen focussiert. Die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zur Wirtschaftsverwaltung waren zwar teilweise detailliert und von hoher Regelungsdichte, gerade aber in ihrer praktischen Umsetzung inhaltlich unklar, bis 1948 war keine systematische Anleitung der deutschen Wirtschaftsverwaltung entsprechend sowjetischer Planungs- und Steuerungsmethoden erkennbar. Neben den Erfahrungs- und Kenntnisdefiziten der SED-Funktionäre und der unzureichenden Unterstützung durch die Besatzungsmacht kommt nach Hal-

der eine Deprofessionalisierung der Verwaltung hinzu.

Der Autor stellt damit im Unterschied zur bisherigen Forschung fest, dass nicht erst 1953/54, sondern bereits in den ersten Nachkriegsjahren systemimmanente Mängel im Planungssystem entstanden sind. Sie führen zu Produktivitäts- und Qualitätsdefiziten, die die Wirtschaft der DDR durchgehend bis zu ihrem Zusammenbruch begleiten. Entgegen bisheriger Annahmen weist Halder nach, dass die regionalen Hauptquartiere der sowjetischen Militäradministration auf Länderinteressen nie Rücksicht genommen haben. Vielmehr standen die regionalen Kommandeure unter Druck der sowjetischen Führung. Ebenso gilt dies auch für den sächsischen Wirtschaftsminister Fritz Selbmann. Ihm ging es vorrangig um die Erfüllung von Forderungen der sowjetischen Militäradministration in Sachsen und nicht um die des Landes. Selbmann, geboren in Hessen, für die KPD in Schlesien und Sachsen tätig, war nach Halder damit alles andere als ein Sachwalter föderalistischer Interessen. Halder bestätigt die These von Jan Foitzik, wonach trotz durchgängiger Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht die SED-Verantwortlichen einen relativ eigenständigen politischen Einflussfaktor bilden konnten.

Es bleibt zu hoffen, dass Halders Thesen möglichst schnell in den allgemeinen Überblicksdarstellungen und Handbüchern zur DDR-Geschichte Berücksichtigung finden.

Seine Arbeit basiert u.a. auf zwei großen Beständen des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden: dem Bestand Landesregierung Sachsen/Ministerium für Wirtschaft und dem Bestand Landesregierung Sachsen/Ministerpräsident. Beide Bestände sind infolge minderwertiger Papiere der Nachkriegszeit mit ihrem besonders hohem Holzschliffanteil in ihrem Erhaltungszustand massiv gefährdet, so dass, um ihren Zerfall zu verhindern, aufwendige Entsäuerungsmaßnahmen wünschenswert wären. Nur so können diese Quellen

in ihrer Authentizität wider die Legebildung auch für zukünftige Generationen bewahrt werden.

Halders Arbeit zeigt im Übrigen auch, dass gerade landesgeschichtliche Studien zur DDR-Geschichte Forschungserkenntnisse zu Tage fördern können, die weit über die Landesgeschichte hinausragen.

Die von der Universität Dresden angenommene und von Professor Dr. Ulrich Kluge betreute Habilitationsschrift unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung der TU Dresden als Wissenschaftsstandort für die Geschichtswissenschaft in Deutschland.

*Dr. Hans-Christian Herrmann
Staatsarchiv Leipzig*

Jana Lehmann, Hubert Ermisch 1850 – 1932. Ein Beitrag zur Geschichte der sächsischen Landesgeschichtsforschung (Geschichte und Politik in Sachsen, Band 14), Böhlau-Verlag, Köln-Weimar-Wien 2001 (zugl. Diss. Univ. Leipzig 1999), geb., 387 Seiten, ISBN 3-412-07800-X

Die vorliegende Arbeit gibt „Einblicke in die Entwicklung wichtiger Unternehmungen und Einrichtungen der sächsischen Landesgeschichte“ in der Phase der Professionalisierung und Institutionalisierung des Faches seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit dem in Torgau geborenen, jedoch in Aschersleben, Jülich, Kolberg, Bromberg und Frankfurt am Main aufgewachsenen Hubert Ermisch hat sie einen Protagonisten zum Gegenstand, der an nahezu allen einschlägigen Betätigungsfeldern der sich entfaltenden landesgeschichtlichen Forschung in Sachsen „hervorragenden“ gestalterischen Anteil hatte. Sieht man vom universitären Bereich ab, der sich in Sachsen erst seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zum leitenden Sektor entwickelte, waren dies der Codex diplomaticus Saxoniae regiae, der Königlich Sächsische Altertumsverein, die 1896 errichtete Sächsische Kommission für Geschichte, die

Redaktionen der „Mitteilungen“ des Altertumsvereins, des „Archivs“ und des „Neuen Archivs für {die} Sächsische Geschichte“ sowie vor allem das Dresdner Hauptstaatsarchiv, an dem Ermisch nach einjährigem Wirken am Staatsarchiv Breslau 1875 tätig wurde, und die Königliche öffentliche Bibliothek (Sächsische Landesbibliothek), der er zwischen 1907 und 1920 als Direktor vorstand. In Ermischs Arbeit spiegelt sich denn auch die Geschichte all dieser Einrichtungen, die von der Verfasserin teilweise weitausgreifend skizziert wird. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des Hauptstaatsarchivs, dessen Geschäftsakten sich zusammen mit dem in der Sächsischen Landesbibliothek verwahrten Korrespondenznachlass Ermischs als sprudelnde und erst noch voll zu erschließende Quelle zur Wissenschaftsgeschichte Sachsens erweisen. Angesichts des biographisch-institutionengeschichtlichen Schwerpunkts tritt die Darstellung des historisch-methodischen Denkens Ermischs in den Hintergrund, sieht man von einer akribischen Analyse seiner Leistungen als Quelleneditor einmal ab. Kaum mehr ist zu erfahren, als dass sich der Schüler von Waitz und Wattenbach der „Objektivität der Ranke-Waitz-Schule“ verpflichtet fühlte, in „durch die Quellen gezogenen Grenzen ... zu scheinbar feststehenden Ergebnissen“ zu kommen hoffte und dem kulturhistorischen Ansatz Lamprechts praktisch „nicht abgeneigt“ war. Umso aufschlussreicher sind freilich die Befunde zur Struktur landesgeschichtlicher Institutionen Sachsens und ihrem persönlichen Netzwerk, die von der Verfasserin ausgebreitet werden.

Die editorischen Innovationen Ermischs bei der Bearbeitung mehrerer Bände des Codex, die Maßstäbe für den Umgang mit Quellen des späten Mittelalters setzten, stehen am Beginn der Arbeit. Bemerkenswert dabei ist vor allem die breit gefächerte Publikationstätigkeit des Urkundenbearbeiters, der seine an den Urkundenbüchern für Chemnitz und Freiberg gewonnene Quellenkenntnis

etwa für Darstellungen zur Bergrechts- und Stadtgeschichte nutzte und als Begründer der „erste[n] Periode der Erforschung der Geschichte des Städtewesens in Sachsen“ gelten muss. Den Codex diplomaticus Saxoniae regiae kann die Verfasserin an mehreren Stellen als Motor landesgeschichtlicher Institutionalisierung nachweisen, schuf dieses strikt staatlich gelenkte Unternehmen doch vielfach die Notwendigkeit zum professionellen Ausbau bereits bestehender Einrichtungen wie der „Mitteilungen“ des Altertumsvereins und des unter Aufsicht des Kultusministeriums stehenden, vom Direktor des Hauptstaatsarchiv Karl von Weber begründeten „Archivs für die Sächsische Geschichte“, die sich unter der Redaktion Ermischs zu anspruchsvollen Publikations- und Rezensionsorganen entwickelten. Auch auf das sächsische Archivwesen hatte die Editionsarbeit am Codex direkte Auswirkungen. Das Bedürfnis, ein umfassendes Bild der archivalischen Quellenüberlieferung in Sachsen zu gewinnen, veranlasste Ermisch, in einer 1877 dem Gesamtministerium vorgelegten Denkschrift ein Konzept zur Pflege nichtstaatlicher Archive in Sachsen zu entwickeln. Jana Lehmann kann plausibel machen, dass die Pläne auf Ermischs früherer Tätigkeit im preußischen Breslau beruhten, wo man unter der Direktion Colmar Grünhagens bereits gute Erfahrungen mit der Archivpflege gemacht hatte. In drei Phasen (1882, 1895, 1902) wurden vor allem die Stadtarchive von Ermisch persönlich revidiert, beraten und mit Erschließungsarbeiten unterstützt, was einen erheblichen Fortschritt hinsichtlich der Unterbringung, personellen Betreuung und des Stellenwertes innerhalb der Stadtverwaltungen brachte. Insgesamt war Sachsen in der „staatlich sanktionierten Archivpflege“ anderen Territorien zeitweise voraus, wenn dies aufgrund der damals mehr als bescheidenen Personalressourcen des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden auch nicht von Dauer blieb. Behördliche Altregistraturen – die

Verfasserin gebraucht den fragwürdigen Begriff „Behördenarchive“ – wurden ebenfalls in die Revision einbezogen, was gleichsam nebenbei der archivischen Überlieferungsbildung zugute kam und dank Ermischs Engagement zur Verabschiedung neuer gesetzlicher Bestimmungen zur Aktenanbietung und -kassation in der sächsischen Verwaltung führte. In den zahlreichen Ausführungen der Verfasserin zu archivfachlichen Fragen liegt im Übrigen ein spezieller Wert der Arbeit, die sich über weite Strecken als eine Geschichte der fachlichen Entwicklung des Hauptstaatsarchivs Dresden lesen lässt. Dass das Archiv bis zur Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte und noch über die Anfänge des Leipziger Seminars hinaus das institutionelle Zentrum der sächsischen Landesgeschichtsforschung war, führt die Verfasserin überzeugend auf Ermisch und seinen nahezu gleichaltrigen Kollegen Otto Posse zurück, mit denen „der Übergang zum Historiker-Archivar“ im Hause vollzogen wurde. Neben den Behinderungen, die beide, vor allem aber Ermisch durch Paul Hassel, seit 1882 Direktor des Hauptstaatsarchiv erfuhren, ist ihre unterschiedliche Entwicklung bemerkenswert. Die Gründe für die Spannungen zwischen beiden bleiben allerdings ebenso undeutlich wie die Motive Hassels, der, wenn auch erfolglos, nicht nur die archivpflegerischen Maßnahmen Ermischs, sondern auch dessen Aufnahme in die Kommission für Geschichte zu verhindern suchte. Um das Profil Ermischs noch schärfer zu zeichnen, wäre zweifellos eine „Parallelbiographie“ seines Antagonisten Otto Posse wünschenswert. Deutliche Belege liegen dafür vor, dass Posse sowohl in der Kärnerarbeit der Quellenedition wie auch der landesgeschichtlichen Arbeit in Redaktionen, Vereinen und größeren Forschungsprojekten keinen sonderlichen fachlichen Reiz sah. Die Berufung Posses zum Direktor des Hauptstaatsarchivs sollte denn auch den Anlass zur Ernennung Ermischs zum Direktor der Königlichen Bibliothek

geben, da ein Nebeneinander beider nicht mehr denkbar war. Obwohl somit keine fachlichen Gründe für einen Ressortwechsel sprachen, hat Ermisch nach ausführlichen Informationsreisen in außersächsische Bibliotheken auch an seiner neuen Dienststelle vor allem in der Verbesserung der Benutzung nicht geringe Fortschritte erzielt. Sie lagen u.a. im Ausbau der Lesesäle im Japanischen Palais, während weitere Neuerungen wie der Beitritt zum Gesamtkatalog der preußischen Bibliotheken durch die Bedenken des Dresdner Kultusministeriums gebremst worden. Im Ganzen zeichnet die Verfasserin ein rundes und beeindruckend materialgesättigtes Bild personeller und institutioneller Bedingungen der landesgeschichtlichen Forschung in Sachsen am Ende des 19. Jahrhunderts. Insbesondere das beigegebene ausführliche Schriften- und Rezensionsverzeichnis Ermischs sowie die detaillierte Dokumentation des Briefnachlasses werden Grundlage für weitere Forschungen sein.

*Dr. Peter Wiegand
Hauptstaatsarchiv Dresden*

Historisches Ortsnamenbuch von Sachsen, hrsg. v. Ernst Eichler und Hans Walther, bearb. v. Ernst Eichler, Volkmar Hellfritzsch, Hans Walther und Erika Weber, Bd. I – III, Akademie-Verlag, Berlin 2001, geb., XL, 634 Seiten (Bd. I), 681 Seiten (Bd. II), 395 Seiten (Bd. III), ISBN 3-05-003728-8

Mit dem Historischen Ortsnamenbuch von Sachsen liegt jetzt erstmals eine enzyklopädische Gesamtübersicht über die Ortsnamen Sachsens vor. Ein solches Nachschlagewerk ist nicht nur für die Sprachwissenschaft von Interesse. Für Historiker, die sich mit orts- und siedlungsgeschichtlichen Fragen befassen, ist der Ursprung und die weitere sprachliche Entwicklung von Ortsnamen ebenfalls von wesentlicher Bedeutung. Archivaren in staatlichen, kommunalen und kirchlichen Archiven bietet

das Ortsnamenbuch wichtige Hinweise zur Beantwortung von ortsgeschichtlichen Recherchen, z.B. bei der von Stadt- und Gemeindeverwaltungen sowie von Ortschronisten sehr häufig gestellten Frage nach der Ersterwähnung von Orten.

Das jetzt vorgelegte Werk ist das Endergebnis einer etwa fünfzigjährigen Forschung zu dieser Thematik an der Universität Leipzig. Dort sind in dieser Zeit zahlreiche ortsnamenkundliche Monographien zu kleineren geographischen Räumen bearbeitet worden. Diese Arbeiten, zumeist Dissertationen, sind zum größten Teil in der Reihe Deutsch-Slawische Forschungen zur Namenskunde und Siedlungsgeschichte erschienen. Die jetzt vorgelegte Gesamtübersicht ist jedoch nicht nur eine Zusammenfassung bisheriger Forschungen. Für große Gebiete lagen noch keine oder nur sehr alte, nicht mehr dem heutigen Forschungsstand entsprechende Arbeiten vor. Insbesondere große Teile des Erzgebirges waren neu zu bearbeiten.

Während die ersten beiden Bände die sprachwissenschaftliche Einführung und die Namensartikel enthalten, wurden für den wissenschaftlichen Apparat sowie die Register und Übersichten ein gesonderter dritter Band reserviert. Dies erleichtert die Benutzung erheblich. Für die archivistische Arbeit sei besonders auf ein rückläufiges Register der Ortsnamen hingewiesen. Es kann bei der Identifizierung alter Ortsnamenformen mit heutigen Orten erhebliche Hilfe leisten.

Räumlich wird durch die Publikation das Gebiet des Freistaates Sachsen in seinen heutigen Grenzen abgedeckt. Darüber hinaus wurde der thüringische Kreis Altenburger Land mit aufgenommen. Dies geschah, um das ehemalige Reichsterritorium Pleißenland mit seiner zusammenhängenden siedlungsgeschichtlichen Entwicklung vollständig darstellen zu können. Die Verfasser haben es verstanden, heutige und ehemalige Siedlungsplätze im Untersuchungsgebiet

sehr vollständig zu erfassen. Man findet hier auch Artikel zu kleinen Siedlungen wie beispielsweise dem Werkweiler Amerika bei Penig und der Häusergruppe Eisenzeche bei Olbernhau. Auch nicht mehr bestehende Orte wurden aufgenommen, neben den Wüstungen im eigentlichen Sinn auch die zahlreichen im vergangenen Jahrhundert verschwundenen Orte, die im Leipziger Raum und in der Oberlausitz wegen des Braunkohlenbergbaus abgebrochen worden sind.

Die alphabetisch angeordneten Einzelartikel beginnen mit einer Charakterisierung des Ortes beispielsweise als Stadt, Dorf oder Wüstung. Bei den meisten Orten folgt eine geographische Bestimmung mit der Angabe der Lage zum nächsten größeren Ort. Bei Ortsteilen wird angegeben, zu welchem Ort sie gehören. Außerdem wird die heutige und eine hier als Altkreis bezeichnete vorherige Kreiszugehörigkeit genannt. Den Kern der Ortsartikel bilden jeweils die chronologisch angeordneten historischen Ortsnamenbelege mit Quellenangaben und die etymologische Erklärung des Ortsnamens. Auch die neuen Ortsnamen, die bei den zahlreichen Gemeindevereinigungen des vergangenen Jahrzehnts entstanden sind, wurden mit berücksichtigt. Hinweise auf weiterführende namenkundliche und historisch-topographische Literatur schließen die Darstellungen zu den einzelnen Orten ab.

Diese Grundkonzeption, die auf engem Raum zu jedem Ort wertvolle Informationen bietet, hat sich weitgehend bewährt. Sehr problematisch und letztlich eher irreführend ist jedoch die Angabe der Altkreise, da sie keinem einheitlichen Stichjahr folgt. Der von den Bearbeitern gewählte Ansatz (vgl. Bd. I, S. 3) sieht unterschiedliche Stichjahre für verschiedene Gebiete vor. Neben Karlheinz Blaschkes 1957 erschienenem Historische Ortsverzeichnis von Sachsen wird hier das Gemeindelexikon für das Königreich Preußen (Berlin 1897/98), dass auf der Grund-

lage der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 erarbeitet wurde, als Grundlage der Altkreisangaben vorgeesehen. Für das thüringische Gebiet um Altenburg ist keine Bearbeitungsgrundlage ersichtlich. Wie Stichproben ergaben, wird insbesondere das Stichjahr 1895 für Orte im ehemals preußischen Gebiet um Delitzsch, Eilenburg und Torgau oftmals nicht eingehalten. Viele Orte sind dem erst 1952 gebildeten Altkreis Eilenburg zugeordnet. Auch dies geschieht jedoch nicht konsequent. Für das ab 1952 zum Kreis Eilenburg gehörige Pressel ist beispielsweise die vorherige Zugehörigkeit zum Kreis Torgau angegeben.

Dass bei der großen Masse des bearbeiteten Stoffes einige wenige Fehlzugeordnungen von historischen Ortsnamenbelegen nicht ausbleiben konnten, ist verständlich. Dies betrifft unter anderem die Stadt Weißwasser. Hier wären sämtliche Belege vor 1552 nochmals einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Die frühesten Angaben zu 1351 und 1357 stammen aus Urkunden des Königs bzw. Kaisers Karl IV. In beiden Fällen ist zweifellos nicht das Oberlausitzer Weißwasser, sondern die gleichnamige Stadt in Böhmen (heute Bělá pod Bezdězem) gemeint.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Bearbeiter ein gerade auch für die Archivarbeit äußerst nützliches Nachschlagewerk vorgelegt haben. Der einzige wirklich erhebliche Mangel, die bereits erwähnte sehr inkonsequente Zuordnung der Orte zu den Altkreisen, betrifft eine für ein Ortsnamenbuch nicht besonders wichtige Angabe, auf die man durchaus auch ganz hätte verzichten können. Der positive Gesamteindruck wird dadurch nur unwesentlich geschmälert.

*Eckhart Leisering
Hauptstaatsarchiv Dresden*